Dr. Steffen M. Diebold

Strukturelles Staatsversagen

Plädoyer für Kompetenz

Kaum etwas funktioniert in Deutschland noch wie es sollte. Ob Energieversorgung, Digitalisierung, Gesundheit, Rente oder Infrastruktur.[1] Immer öfter werden die Folgen weit verbreiteten Unvermögens und strategischer Fehlentscheidungen sichtbar: Schwindende Kaufkraft, steigende Abgaben und Gebühren, innovationsfeindliche Rahmenbedingungen[2] und eine lähmende Bürokratie. Flagrant wird der zunehmend ideologisch geprägte Dilettantismus in Politik[3] und Staat in Krisenzeiten.[4] Das chaotische Management der Coronapandemie ist hier beispielhaft.

Ein Virus

Das landesweite Impfchaos im Rahmen der Coronakrise sprach Bände. Für Impfungen der Gruppe II (Vorrang hatten zurecht die über 80-Jährigen) wurden im März 2021 beispielsweise Baden-Württembergs Lehrer- und Hausmeister*innen an Schulen priorisiert[5] und vorübergehend sogar Asthmatikern oder chronisch herzkranken Patienten mit höherem Mortalitätsrisiko vorgezogen. Das war eine politische Entscheidung. Sie widersprach jedoch der *eigenen inneren* Logik bisheriger Priorisierung. Denn dann hätte man ja auch die über 80-Jährigen nicht zuerst impfen müssen. In der ersten Maiwoche 2021 wurden in sozialen Brennpunkten zudem kerngesunde junge Menschen geimpft. Das geschah noch bevor alle Älteren oder chronisch Kranken auch nur einen *Termin* zur Erstimpfung erhalten hätten![6] Die Impfmobile fuhren direkt in die entsprechenden Wohngebiete, um den dortigen Mitbürgern, von denen viele behaupten, Corona existiere nicht, keine zu langen Wartezeiten *im* und Wege *ins* Impfzentrum zuzumuten. Besonderer Wert wurde dabei auch auf die Feststellung gelegt, dass der dafür eingesetzte Impfstoff aus *Extrakontingenten* stammen und *niemandem weggenommen* würde. Das war am 3. Mai 2021 natürlich Propaganda,[7] wenn zur gleichen Zeit in den Impfzentren mangels Impfstoff nicht einmal Termine vereinbart werden konnten. Der epidemiologische Hintergrund dieser *Maßnahme zur Gefahrenabwehr* ist durchaus nachvollziehbar. Und schließlich war *jedem* Menschen möglichst früher Impfschutz zu gönnen. Das ganze jedoch mit einer (angeblich) „systematischen (!) Benachteiligung sozial Schwächerer bei Coronaimpfungen“ zu begründen, war dreist und unverschämt.[8]

Hatte ein unter 60-Jähriger eine Erstimpfung mit AstraZeneca erhalten musste er oder sie für die Zweitimpfung *de facto* den Impfstoff wechseln. Und zwar *ohne vorherige* ärztliche Aufklärung. Denn ansonsten stand man *de jure* mangels STIKO-Empfehlung *haftungsrechtlich* im Regen.[9] Eine entsprechende Klarstellung in § 60 Abs. 1 IfSG war selbst am 6. Mai 2021 noch immer nicht erfolgt. Ein ähnliches Problem hatten Schwangere *vice versa*: Trotz positiver Einschätzung von 11 gynäkologischen und pädiatrischen Fachgesellschaften konnten sie nicht mit einem mRNA-Impfstoff gegen COVID-19 geimpft werden.[10]

Auch bei den Antigenschnelltests lief es nicht besser. Hier wurde aufgrund staatlicher Planlosigkeit in großem Stil Abrechnungsbetrug begangen. Viele bedienten sich aus der Staatskasse nach Lust und Laune. Für simple Buchhaltertätigkeiten bei Abrechnung sogenannter *Bürgertests* strichen Kassenärztliche Vereinigungen ebenso Millionenbeträge ein wie Politiker bei *Maskendeals.*[11]

Am Jahresende 2021 benötigt man in Baden-Württemberg mit 18 Jahren einen Nachweis nach 2G+. Im Alter von 17 Jahren und 11 Monaten jedoch nicht. Das ist ebenso unverständlich wie die Regelung, dass bei Kontaktbeschränkungen Kinder nicht zählen. Und wer soll verstehen, weshalb ab Oktober 2022 zwar in allen *Fern*verkehrszügen FFP2-Maskenpflicht besteht, nicht aber in den Zügen des ÖPNV? Hier genügt in Baden-Württemberg z.B. ein MNS. Im Flugzeug braucht es -trotz geringerem Abstand und fehlendem Luftaustausch- sogar gar nichts vor der Nase!

Selbst noch *ein Jahr nach* Ausbruch der Pandemie fehlten valide wissenschaftliche Untersuchungen zur reklamierten Schutzwirkung sogenannter *Alltagsmasken*. Die ergriffenen Maßnahmen wurden auch nicht begleitend und systematisch auf ihre Effektivität hin überprüft. Kontaktbeschränkungen (Partys, Feiern!), Abstand (Wechsel- und Fernunterricht!) und eine Reduktion der Passagierzahlen auf überlasteten ÖPNV-Strecken waren epidemiologisch sicher wirksamer als generelle nächtliche Ausgangssperren, die auch individuelle Abendspaziergänge auf Feldwegen verboten. Doch solches war vielleicht zu viel verlangt, wenn man offenbar nicht einmal in der Lage war, staatliche Beihilfen (ausschließlich) an Berechtigte auszureichen[12] oder, da aufgrund gesetzgeberischer Schlamperei lange legal, Impfausweise bis zum 24. November 2021 durch Nicht-Heilberufsangehörige straffrei gefälscht werden konnten.[13]

Doch das Management der Viruspandemie war nicht außergewöhnlich (miserabel), sondern geradezu *typisch* und kennzeichnend für den Apparat. Wenn sich daran nichts (grundlegend) ändert -und vieles spricht leider dafür- lässt sich an Deutschland[14] kommende Jahrzehnte in Echtzeit beobachten, wie eine Nation sich selbst zerstört und die Zukunft ihrer Kinder verspielt. Zu viele, teils irreparable, *strategische* Fehler wurden begangen. Einige Beispiele illustrieren das:

1. Riesterrente

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung Deutschlands hat ein demographisches Problem:[15] Die Gesellschaft altert. Weniger jüngere Erwerbstätige müssen die laufenden Beiträge für immer mehr Rentner erwirtschaften.[16] Durch eine aktienbasierte kapitalgedeckte *Ergänzung* der Altersvorsorge hätte man die Vorteile *zweier* Systeme *kombiniert* und das Problem einer *rein* umlagefinanzierten Altersvorsorge entschärft.

Es hätte sich angeboten, den kapitalgedeckten Anteil nach Vorbild des *norwegischen Staatsfonds* zu gestalten. Eine parlamentarisch kontrollierte Agentur, besetzt mit

wenigen hervorragenden (und ordentlich bezahlten) Anlagemanagern, hätte genügt. Wie in Norwegen oder Schweden hätten Profis in staatlichem Auftrag einer breiten Bevölkerung das Risiko fehlender Finanzmarktkenntnisse abgenommen.[17]

Zwar verfügen wir nicht über die Ölvorräte Norwegens. Angesichts einer starken deutschen Wirtschaft hätte sich solch ein Aktienfonds aber paritätisch aus Eigenmitteln der Versicherten und dem Arbeitgeberanteil problemlos finanziert.[18] Das wäre effektiv gewesen, für Land und Leute letztlich billiger gekommen und die Steuerzuschüsse für Geringverdiener[19] würden nun nicht in den bodenlosen Taschen einer politisch gut vernetzten Versicherungsclique versickern.[20]

Die sogenannte *Riesterrente* hingegen ist nichts anderes als ein gigantisches Subventionsprogramm für die Versicherungs-[21] und Finanzindustrie.[22] Milliarden an Steuermitteln werden für miserabel rentierende „Finanzprodukte" vergeudet in denen eklatant hohe Gebühren und Provisionen[23] für die Kapitalmafia versteckt sind. Bei durchschnittlichen Riesterversicherungen fließt nahezu jeder vierte eingezahlte Euro in die Gebühren! Das ergab eine Studie von *Finanzwende*.[24] Möglich ist das, weil die Kalkulationen der Anbieter nicht offengelegt werden müssen. Ein Skandal, denn bei Riesterverträgen werden *privaten Firmen* Milliarden an *öffentlichen* Steuergeldern anvertraut. Ein profitables Geschäftsmodell, das durch die Öffentliche Hand überhaupt erst entstand! Doch *weshalb* setzte Deutschland *nicht* auf einen soliden und werthaltigen *Staatsfond* wie Norwegen, sondern auf die überteuerte und renditeschwache Rente eines Herrn Riesters? War die *deutsche* Politik zu Fragen des Kapitalmarkts, der Volkswirtschaft und der Altersversorgung überfordert? Oder wurde (und wird) sie von der Finanzlobby am Nasenring durch die Manege gezogen?

2. Energiewende

Eine solche war überfällig. Spätestens seit Tschernobyl und lange vor (!) Fukushima. Vom anthropogenen Beitrag zum Klimawandel wusste man seit den 70-er Jahren.[25] Auch um internationale Abhängigkeiten im Energiesektor zu reduzieren (Öl, Gas), hätte man längst diversifizieren müssen. Betriebswirtschaftlich sauber kalkuliert (inkl. Endlager-, Rückbau- und Versicherungskosten[26] und ohne Zwangssubventionen durch Steuerzahler) wäre Atomstrom *niemals rentabel* gewesen. Man wollte ihn, weil andere ihn hatten und weil man fürchtete, bei der Kerntechnik ins Hintertreffen zu geraten. Also wurden die *impliziten Kosten* sozialisiert. Was dann jedoch nach Fukushima als sogenannte *Energiewende* folgte, war ein überstürzter *kopf- und planloser* Akt,[27] um keine Wählerstimmen an den grünen Populismus zu verlieren. Man schüttete das Kind mit dem Bade aus, legte modernste Gaskraftwerke lahm, subventionierte chinesische Solarpaneelen und strich Forschungsgelder im Kernenergiesektor. Dabei schien und scheint es nicht zu stören, dass währenddessen weiterhin gigantische Mengen an (Braun-) Kohle verstromt werden.[28] Denn der dreckigste Energieträger des Landes verfügt über eine starke Lobby und diese wiederum über willfährige Politiker in den Kohleförderbundesländern.[29]

Im Ergebnis kann man festhalten: 1. Effiziente, *relativ* saubere, deutsche Gaskraftwerke wurden überstürzt stillgelegt oder werden allenfalls noch als Backup bei Windstille und Sonnenflaute genutzt. 2. Die Gefahren aus den in Grenznähe angesiedelten maroden belgischen[30] und französischen Atomkraftwerken[31] bestehen weiterhin und sind größer, als sie jemals von deutschen AKW ausgingen. 3. Eine absurde und unsoziale[32] CO_2-Steuer[33] mit eingebautem Automatismus zur Kostensteigerung wurde erfunden. Obwohl Deutschland keine 2 % zum globalen Treibhauseffekt (CO_2-Emission) beiträgt -weit weniger als die USA oder China- zahlt der dumme Michel, der meint, das Klima im Alleingang[34] retten zu müssen, weltweit die höchsten Strompreise.[35] 4. *Trotzdem* bezieht das Land weiterhin Strom aus polnischen Kohledreckschleudern[36] und *subventioniert* (!) diese auch noch als größter Nettozahler mit dem deutschen Beitrag zum EU-Haushalt![37] 5. Und nun wird Atomkraft auf Druck Frankreichs und anderer in der EU auch noch als *nachhaltig und klimafreundlich* gefördert?[38] Ein Treppenwitz deutschen Politikversagens!

3. Eurokrise, Bankenrettung und Finanzielle Repression

Frühere *Weichwährungsländer* der südlichen EU-Peripherie hatten jahrelang von niedrigen Zinsen im künstlichen Euroraum profitiert und auf Pump konsumiert, anstatt die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu stärken und die Boomjahre nach Einführung des Euro für Reformen zu nutzen. Eine, vornehm ausgedrückt, *dysfunktionale Öffentliche Verwaltung* in Griechenland tat nichts gegen Klientelpolitik und fehlende Steuermoral.[39] Portugal stand vor der Staatspleite. Irland und Spanien erzeugten und tolerierten gigantische Immobilienblasen. Im Euro wurde zusammengepresst, was nicht zusammen passt: Unterschiedlichste Währungen, Wirtschaftskraft, Sozial- und Fiskalpolitik.[40] Winkler schreibt: *„Die Schaffung einer gemeinsamen Währung ohne gleichzeitige Verwirklichung einer Fiskal- und Politischen Union gilt mittlerweile als der entscheidende Konstruktionsfehler des Euro"*.[41]

Ökonomen und Bundesbank hatten gewarnt. Aber sie alle wurden als *Bedenkenträger* diffamiert, von der Politik zurückgepfiffen und auf Linie gebracht. Gerade Deutschland *müsse* von Beginn an Teil dieses Eurosystems sein. Weshalb? Aber klar doch: Sonst hätte man den Fäulnisgestank der neuen Währung bald bis Washington, Moskau und Peking gerochen!

Das Ergebnis ist eine gewaltige Umverteilungsmaschinerie.[42] Wohlstand, den sich Bürger in vielen nordeuropäischen Ländern hart erarbeiten mussten, wird nun in die südliche Peripherie der EU transferiert. Das ist geradezu pervers, denn dort sind die *privaten* Haushalte sogar wohlhabender. Sie verfügen pro Kopf über deutlich mehr Vermögen in *werthaltigen Sachanlagen* als deren (meist zur Miete wohnende) deutsche Pendants.[43] Trotzdem werden die Bürger des angeblich reichen Nordens für die im Süden angehäuften Staatsschulden inflationär zur Kasse gebeten. Selbst jedoch besitzen die derart Geschröpften oft nur *ungedeckte* Zahlungs*versprechen,* mehr oder weniger unverbindliche *Zusagen,* in Form von Sichteinlagen,[44] (Kapital-)

Lebensversicherungen oder Renten*ansprüchen.*

Entstanden sind die Staatsschulden im Süden aber nicht durch unabwendbare Schicksalsschläge, bei denen Deutschland selbstverständlich solidarisch ist.[45] Sie basieren vielmehr auf ausufernden (und wählerwirksamen) sozialen Wohltaten und einem Konsum, den sich diese Länder nicht leisten konnten aber dennoch leisten wollten. Hinzu kommen jahrzehntelanges Missmanagement und Korruption – nicht nur im Falle Italiens.[46] Lange wurde nach dem Motto gehandelt: *Wir feiern Party und schicken den Nachbarn die Rechnung.*

Und während hierzulande über die nächste Verlängerung der Lebensarbeitszeiten schwadroniert wird geht man sowohl in Frankreich als auch der südlichen EU-Peripherie trotz geringerer Produktivität der Volkswirtschaften früher in Rente.[47] Zum Dank für Stabilisierungshilfen werden deutsche Politiker und Bürger auch gerne mal als Nazis beschimpft. Das wird entgegen geltender Rechtslage dann mit Forderungen nach weiteren Reparationszahlungen garniert.[48] Mit solchen Keulen lässt sich schon seit Jahrzehnten prima Politik machen: Das Eurosystem als Spaltpilz Europas.[49] *Das ist umso schlimmer, da wir angesichts globaler Herausforderungen eigentlich mehr (!) Einheit in Europa nötig hätten und nicht weniger.*

Durch künstliche Niedrigzinspolitik[50] und monströse Anleihekaufprogramme,[51] die *de facto* den Maastrichter Vertrag umgehen,[52] betreibt die EZB (indirekt) die Finanzierung überschuldeter Staaten der Eurozone und verhindert dadurch dringend notwendige politische, wirtschaftliche und soziale Reformen. Zudem hat sie sich durch diese Politik des eigenen Handlungsspielraums beraubt und kann nun den Leitzins gar nicht in dem Maße erhöhen, wie das angesichts galoppierender Inflation dringend erforderlich wäre. Die Schuldentragfähigkeit der Südländer wäre in Gefahr.

Doch all dies hat bekanntlich eine Vorgeschichte. Im Zuge der *Bankenkrise* wurden hochspekulative Finanzmarktakteure auf Kosten der Allgemeinheit *gerettet*. Daraus haben Banken und andere folgerichtig den Schluss gezogen, dass sie ihre Zockereien und Casinowetten künftig mit *noch höheren* Einsätzen betreiben müssen, um auch beim nächsten Crash wieder als *systemrelevant* zu gelten. So werden Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert. Es ist skandalös, dass das Haftungsprinzip im Bankensektor *von jeher* ausgehebelt war. Wie könnte es sonst sein, dass ein Sparer sein Geld einer Bank überlässt, diese damit ihren Profit steigert,[53] neuerdings noch sog. *Verwahrentgelte*[54] erhebt und der Kunde im Moment der Einzahlung *de facto* nur noch eine *unverbindliche Forderung* gegen das Institut hat? Kann die Bank das Geld, das ihr zur *Verwahrung*[55] anvertraut wurde, nicht zurückerstatten, macht das eben der Steuerzahler. Oder der Sparer hat Pech gehabt. In jeder anderen Branche würde ein solcher Vorgang als Unterschlagung gewertet!

Unter dem Beifall der Leitmedien blähten die Währungs*hüter* Preisblasen an Aktien- und Immobilienmärkten auf und züchteten nebenbei *Unternehmenszombies,* die

gesunden Firmen auch noch Marktanteile streitig machen. Heuchlerisch beklagt man sich in der Folge über eine wegbrechende Altersvorsorge und hohe Mietsteigerungen in Ballungsräumen – anstatt sich bei Politik und EZB dafür zu bedanken. Es lebe die Finanzielle Repression![56]

4. Öffentlicher Dienst

Ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat ist auf eine funktionierende und korruptionsfreie Verwaltung angewiesen.[57] Diese gewährleistet, *ihrerseits* kontrolliert durch eine unabhängige Justiz, (Rechts-) Sicherheit und Chancengleichheit für Jeden. Damit bietet sie auch den Rahmen für fairen Wettbewerb und sozialen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft.

Unser *schlanker Staat* ist jedoch an manchen Stellen so schlank und personell ausgedünnt, dass er *de facto* handlungsunfähig ist.[58] In anderen Bereichen wiederum beschäftigt er sich mit dem Innenleben der eigenen Organisation, Irrelevantem oder Gesinnungspolitischem: Genderwahn,[59] Sprachframing[60] und Cancel Culture, Ämterpatronage, Quoten-, Klientel- und Proporzpolitik in Sport, Kultur oder Medien, Markteingriffe (Mindestlöhne, Mietendeckel, Bankenrettungen),[61] Lotterie- und Glücksspielbetrieb,[62] etc.. Dies alles sind *keine Staatsaufgaben*! So manche *Selbstverwaltung*skörperschaft verwaltet sich inzwischen vor allem *selbst*.[63] *Qualitätszirkel* schießen überall wie Pilze aus dem Boden. Oft sind es gerade *jene*, die die Prozesse gar nicht kennen und denen *Fachkenntnisse fehlen*, die sich besonders eifrig der Qualitäts*sicherung* widmen.[64] *Doch bevor man Qualität sichert, sollte man sie erzeugen!* Aufgeblähte Kontrollapparate und eine mit sich selbst beschäftigte Bürokratie sind dazu ungeeignet. Sie dienen eher formalisierter Nabelschau und sinnloser Profilierung. Nicht selten wird Qualitätssicherung *sogar missbraucht, um steten Druck auf Beschäftigte* auszuüben.[65] Die so erzeugte Furcht vor Fehlern aber ist für die Arbeitsqualität einer *jeden Organisation* eine Katastrophe!

Oft mangelt es der Exekutive auch an geeigneten Instrumenten. Beamte *dürfen* häufig gar nicht, was der Bürger erwartet.[66] Im Verein mit fehlender Anerkennung und veralteter technischer Ausstattung führt das nicht selten zu Frustration und innerer Kündigung. Kommt es im Einzelfall zu einem Konflikt mit einer einflussreichen gesellschaftlichen Kraft, fehlt fast immer der politische Rückhalt – und der Sachbearbeiterin derjenige des Vorgesetzten.[67] Also *vermeidet* die kluge Beamtin solche Konflikte *a priori*. Sie wird darauf achten, eine *geschmeidige* Lösung zu finden, die dem Rechtsunterworfenen genehm ist. Oder aber sie macht – *gar nichts*. Die Auswirkungen dieser *Inneren Emigration* sind für eine Gesellschaft auf Dauer jedoch fast so gefährlich wie das Krebsgeschwür der Korruption. Denn Freiheit, Sicherheit und Recht hängen von *funktionsfähigen* Öffentlichen Einrichtungen ab. Damit der Staat diese Kernaufgaben kompetent, wirksam und effektiv wahrnehmen kann benötigt er qualifiziertes und motiviertes Personal. Doch dieses will er selten angemessen vergüten.[68] Daher sind selbst während volkswirtschaftlicher Schwächephasen kaum noch gute Mitarbeiter (m/w) für den Öffentlichen Dienst zu

rekrutieren.[69] Von erstklassigen Fach- und Führungskräften ganz zu schweigen. Diese sehen sich gleich in Industrie oder Wirtschaft um oder wandern ins Ausland ab.[70]

Vor allem jene Sektoren der Öffentlichen Hand, die für *Prävention* zuständig sind, erfahren kaum Unterstützung. Je effektiver und geräuschloser sie arbeiten, desto öfter verfährt man nach der Devise: *Was funktioniert, funktioniert doch sicher auch mit (noch) weniger Personal?* (Bisher) ging ja alles gut. Und in der nächsten Legislatur ist ein anderer Finanz- oder Innenminister*in.

Das größte Problem aber haben Verwaltungen meist mit der *Inneren Führung:* Obrigkeitsdenken und Untertanenmentalität.[71] Nicht selten wird eine Kultur des vorauseilenden Gehorsams und des Lakaientums gepflegt. Wer in einer Behörde arbeitet, sollte *unkritisch* sein und *nie* nach dem *Sinn* seiner Tätigkeit fragen. Auch dann nicht, wenn Missstände offensichtlich sind. Zwar setzt sich so manche/r Bedienstete in Diskussionszirkeln, Projektgruppen und ähnlichen Spielereien mit Blick auf eine Beförderung gern in Szene. Legt jemand jedoch bei Grundsätzlichem den Finger in die Wunde, wird er oder sie schnell als *destruktiv* wahrgenommen. Eine Vokabel, die im Apparat das Ende der Karriere bezeichnet. *Es darf sich nicht wirklich etwas ändern, denn jedes System ist auf Erhalt angelegt und reproduziert sich selbst!* Mediokre Mitläufer werden daher kompetenten Kritikern *stets* vorgezogen,[72] unbequeme Mahner in solch kranken Apparaten als Nörgler diffamiert. Weil schwer kündbar, zerstört[73] man sie mitunter durch systematisches Mobbing oder erklärt sie für dienstunfähig, um sie loszuwerden.[74] *Arbeitsplatzsicherheit wird so zu einer Bedrohung, der Öffentliche Dienst zur Falle.* Das mag in Bereichen, die sich der Beitreibung von Abgaben, (Zwangs-)Beiträgen (Rundfunk, Kammern, etc.) und Gebühren[75] widmen, weitgehend ohne Konsequenz bleiben. Doch auf *komplexeren* Feldern staatlichen Handelns hat der beschriebene Umgang mit dem eigenen Personal[76] auf Dauer fatale Folgen für das Funktionieren des Gemeinwesens. Einige Beispiele illustrieren das:

Längst ist die Verkehrsinfrastruktur hierzulande marode und überlastet, was zu exorbitanten Einbußen an Lebenszeit und volkswirtschaftlichen Schäden führt.[77] Bei Brücken, Straßen und öffentlichen Gebäuden besteht *erheblicher* Sanierungsstau: (Zehn-) Tausende desolater Schultoiletten *können* Schüler wegen unzumutbarer sanitärer Zustände *de facto* gar nicht nutzen.[78] Die Zahl gescheiterter Großbau- und Prestigeprojekte hierzulande ist zweistellig: *Elbphilharmonie* und *Stuttgart 21* liefen (und laufen) zeitlich und budgetär total aus dem Ruder. Ein *BER Hauptstadtflughafen* gibt das Land international der Lächerlichkeit preis.[79] Auch der stümperhafte Versuch,[80] eine PKW-Maut[81] einzuführen, endete für den Steuerzahler im Desaster – blieb aber für die Verantwortlichen ebenso folgenlos, wie eine dreist zu nennende *VW Dieselaffäre*, die dem einst hohen Ansehen der Ingenieurkunst hierzulande weltweit Schaden zufügte.[82] Die schon systematisch zu nennende Vernachlässigung von Zukunftsbranchen (Biotechnologie,[83] Digitalisierung oder Internet) ist eklatant und kennzeichnet eine Industriepolitik,[84] die es (mindestens) drei Jahrzehnte lang

versäumte, die Schlüsselindustrien zu transformieren und an zukünftige Erfordernisse anzupassen.[85] Die Bundeswehr wurde finanziell und personell dezimiert, das Beschaffungswesen ist auf absurde Weise dilettantisch und ineffizient.[86] Aufgeblähte Schulverwaltungen[87] sind mit einfachsten Aufgaben ebenso überfordert, wie Wahlorganisator*innen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Der einwohnerstärkste Mitgliedsstaat der EU schafft es auch nicht, vitale Interessen in Brüssel zu artikulieren oder geltende Vereinbarungen durchzusetzen.[88] Das Gesundheitswesen krankt an Personalmangel, Fehlallokation von Ressourcen und grotesker Ökonomisierung (Krankenhäuser, Hygiene, Pflege, Arzneimittelversorgung),[89] eine viel zu hohe Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen stranguliert fiskalische Spielräume für Investition und Forschung und bürdet nachkommenden Generationen gigantische Lasten auf. Der Regelwildwuchs hierzulande ist desaströs. Wir leisten uns eine vollkommen intransparente (und allein schon deshalb ungerechte) Sozial- und Steuergesetzgebung. Der Justizapparat ist chronisch unterbesetzt und überlastet,[90] der Katastrophenschutz chaotisch und schlampig organisiert,[91] etc.. Stellvertretend seien kurz beleuchtet:

Innere Sicherheit

Bei der *Inneren Sicherheit* ist nicht die tatsächliche, sondern die *gefühlte* wahlentscheidend. Wie auf vielen anderen Feldern, wurde Symbolpolitik daher auch hier zur dominierenden Maxime. Doch Deutschland ist Rückzugsgebiet der süditalienischen Mafia und der kalabrischen 'Ndrangheta,[92] die hier weitgehend ungestört Geldwäschegeschäfte aus ihrem Rauschgifthandel betreiben.[93] Bestens organisierte kriminelle Banden, etwa solche vom Balkan, gehen hier ebenso dreist ihren Geschäften nach wie Russisch-Eurasische Netzwerke.[94] Der Libanesisch-Arabische Clanterror[95] bedroht Justizangehörige und mancherorts werden städtische Gegenden vom Ordnungsamt nur noch in Begleitung starker Polizeikräfte betreten. Diese Entwicklungen sind lange bekannt und bereits dem Bericht der Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes Wiesbaden vom 6. bis 9. November 1990 zu entnehmen.[96]

Aber es geht auch eine Nummer kleiner: Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle stieg seit dem Jahr 2006 von gut 106.000 auf über 167.000 im Jahr 2015.[97] Weniger als 2 % der Opfer wurden nach (seltenen Fällen) einer Tataufklärung (teilweise) restituiert.[98] Das scheint ebenso wenig zu stören, wie ein zunehmend *importierter* Anteil an Kriminalität aufgrund verfehlter Migrations- und Einwanderungspolitik.[99]

Und Deutschlands Fähigkeiten im Bereich der *Cybersicherheit*? Dürftig und ineffektiv.[100] Dies gilt nicht nur im Vergleich mit den USA, Russland oder China,[101] sondern auch im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten wie Großbritannien, Estland oder den Niederlanden. Bürger, Staat[102] und Unternehmen sind internationalen Hackerangriffen weitgehend schutzlos ausgeliefert. Einzelne Kommunen riefen bereits den Katastrophenfall aus.[103] Vor allem kleinere Firmen des Mittelstands sind von erheblicher Wirtschaftsspionage und -sabotage betroffen. Die

Verluste sind enorm.[104] Um Imageschäden zu vermeiden, hört und liest man aber relativ wenig darüber.[105] Jedenfalls verfügt das Land bei weitem nicht über die digitale Infrastruktur einer so gerne zitierten *Führenden Industrienation*, sondern ist v.a. in der Fläche, die ja nun nicht gerade die Ausmaße Kanadas hat, manchem Entwicklungsland ähnlicher.[106] Das Stadt-Land-Gefälle in der Republik ist ein Skandal.[107] Die Geschwindigkeit des Internets auf dem platten Land oft ein Witz.

Cum-cum, Cum-ex, Wirecard & Co.

Die deutschen Steuerzahler wurden durch die illegalen Transaktionen der *Cum-ex- und Cum-cum-Geschäfte,*[108] bei denen die „Rendite" ausschließlich durch *Dividendenstripping* zu Lasten der Steuerzahler entsteht, um eine Summe betrogen, die einem Zehntel des Bundeshaushalts 2019 entspricht![109] Offenbar war und ist dem Treiben selbst Jahre nach der Entdeckung nicht beizukommen. Für eine wirksame Aufarbeitung -allein in NRW gibt es bislang fast 1000 Beschuldigte- fehlt es massiv an Ermittlern und Personal bei Staatsanwaltschaften und Gerichten.[110] Dabei wäre mehr Personal in diesem Bereich ein finanzielles Plus für den Staat. Doch Personalabbau im Öffentlichen Dienst kommt beim Wähler gut an.[111] Die BaFin beschäftigte insgesamt ganze fünf Wirtschaftsprüfer. Ernst & Young hingegen erhielten viel Geld von *der Firma*, die sie eigentlich prüfen sollten. Doch man frage bei Trockenlegung eines Sumpfes nie die Frösche!

Weshalb aber wurden die stümperhaften Regelungen nicht (zeitnah) geändert, die Gesetzeslücken geschlossen und der Steuerpfusch repariert? Fürchteten Politisch Verantwortliche, zur Rechenschaft gezogen zu werden? Die in Parteien und Staat bestens vernetzte Finanzcamorra wollte ihre satten Profite jedenfalls weiterhin einfahren. Dem Rechtsstaat stets einen Schritt voraus, beschäftigt sie internationale Steuer- und Finanzexperten und die teuersten Anwälte. Regelungen zum Bank- und Finanzrecht beeinflusst sie schon bei ihrer Entstehung maßgeblich mit.[112] Und mit Betrugsmilliarden lässt sich schließlich ein Heer cleverer Trickser fürstlich honorieren. Allein hierzulande haben 95 Banken, die sich an ihren Schaltern in Krawatte und Sakko gerne den *Anschein von Seriosität* geben, das skrupellose Spiel mindestens zwei Dekaden lang getrieben.[113]

Oft sind die Ursachen solcher und anderer Debakel hausgemacht: Referentenentwürfe wichtiger Gesetze lässt der Staat heutzutage häufig durch *Externe* anfertigen. Die holt man sich -*scheinbar* kostenlos- gleich ins Ministerium[114] oder beauftragt große *private Kanzleien*, die das dann in *Eigenregie* regeln. Natürlich gegen gewaltige Honorare.[115] Interessenskonflikte sind bei dieser Art des *Outsourcing* jedoch offensichtlich. Gesetzes*lücken* werden im Vorfeld schon mit *eingebaut*. Jedem Volldepp müsste klar sein, dass die Lobbyisten dann die Feder führen.[116]

Und auch im Fall *Wirecard* haben sie die Politik bis Ende 2019 dazu gebracht, für den angeblichen *Shootingstar* Werbung zu machen – zu einem Zeitpunkt als schon lange

klar war, dass mit der Firma etwas nicht stimmt.[117] Doch anstatt Wirecard unter die Lupe zu nehmen, wurden die Journalisten der Financial Times vor Gericht gezerrt. Und wie schon in der Finanzkrise 2008, hat die *Wirtschaftsprüfende Industrie* hier erneut kläglich versagt.[118] Es *kann gar nicht* funktionieren, wenn der Geprüfte den Prüfer bezahlt und Finanzminister lieber hochdotierte Vorträge auf Einladung von Versicherungen und Banken halten, als diese (wirksam) zu regulieren.

5. Die Mittelschicht

Ein deutscher Durchschnittshaushalt[119] hatte 2019 eine Abgabenbelastung von satten 42,4 %. Das ist, zusammen mit Italien, die zweithöchste aller OECD-Staaten![120] Zum Vergleich: Nach Angaben der EU-Kommission hatte der Starbucks-Konzern im selben Jahr einen effektiven Steuersatz von rund 2,4 %.[121]

Steuervermeidung der Global Player

Die Mittelschicht wird durch Abgaben ausgeblutet, während internationale Konzerne steuervermeidend sich der Märkte und Infrastrukturen des Landes bedienen.[122] Supranationaler Steuerlobbyismus, Schwäche und Uneinigkeit der Staaten sind dafür Grundlage.[123] (Auch) die (deutsche) Politik jeder Couleur unterstützt dieses Treiben.[124] Das Argument mit den Arbeitsplätzen ist in den meisten Fällen erfunden oder schlecht recherchiert.[125] Die Folgen dieser politischen und staatlichen Inkompetenz sind dramatisch.[126] *Denn Wert und Qualität einer Gesellschaft bestimmen sich nicht zuletzt daran, wie sie mit ihren schwachen Mitgliedern umgeht. Deren wichtigste Stütze aber ist die Mittelschicht!* Wankt die Mitte, gefährdet das Humanität, Demokratie und Rechtsstaat!

Den Angehörigen der Mittelschicht ist sozialer Aufstieg indes nahezu unmöglich geworden. Sie kämpfen heute eher darum, den eigenen Abstieg zu verhindern und der nächsten Generation keine schlechteren Rahmenbedingungen zu hinterlassen. Solange aber z. B. Kapital günstiger besteuert wird als Arbeit und persönliche Leistung wird sich die Kluft zwischen *Oben* und *Unten*, denen die Vermögen halten, und denen, die ihre Arbeitskraft, Kreativität und immer öfter auch ihre Gesundheit zu Markte tragen müssen, weiter vergrößern. „Lieber 25 % von X als 42 % von nix". Das mag realpolitisch (vielleicht) stimmen und dem Fiskus genügen, war aber eine totale Bankrotterklärung. Übersetzt heißt das nämlich: Wenn die doofen Bürger nur so schlau und mächtig wären, wie reiche Steuerflüchtlinge oder globale Konzerne, *dann* würden sie auch nicht geschröpft, sondern nur mit 25 % (oder nach neuesten Plänen mit 15 %) besteuert.[127]

Durch industrielle Prozessoptimierung, Globalisierung und technischen Fortschritt wurden in den vergangenen Jahrzehnten *enorme Produktivitätssteigerungen* erzielt. Wo aber sind die gewaltigen Produktivitäts*gewinne* geblieben? Um das Wohlstandsniveau zu halten, *müssten* heute *eigentlich* 30 Stunden konzentrierter und planvoller Arbeit pro Woche für jeden genügen. So ist es aber nicht. Gerade in den

Berufen der Mittelschicht hat die *Verdichtung der Arbeit* stark zugenommen. Immer mehr Aufgaben müssen in derselben Zeit von weniger Personal erledigt werden. Härter, schneller, hektischer und digitaler. Milliarden zum Teil unbezahlter Überstunden und steigende psychische Erkrankungszahlen künden davon.

Inflation

Um die Manipulation von Zins- und Kapitalmarkt und das exorbitante Wachstum der Geldmengen zu rechtfertigen, wurde dreist erklärt, dass die Inflation viel *zu* niedrig und bestenfalls „gefühlt" wäre.[128] Trotz Verschuldungs- und Gelddruckorgien stelle sie keine reale Gefahr dar. Ein dazu passender Verbraucherpreisindex[129] wurde den Leuten als Inflationsrate verkauft. Mit den Folgen *permanenter Finanzieller Repression* auf Krankenversicherungen, Pensionskassen, Altersvorsorge, Mieten, Bau- und Immobilienpreise, u.v.a. wollte man das Volk schließlich nicht belästigen.[130] Doch *auch die kleinste* Inflation vernichtet auf Dauer Kaufkraft, entwertet nachträglich *bereits erbrachte* Leistungen, kostet Ressourcen und ist damit weder ökologisch noch nachhaltig.

Kaufkraftbereinigt bleibt aufgrund der Preisanstiege, der Geldentwertung, steigender Abgabenbelastung und der (kalten) *Steuerprogression* von den Anstrengungen der arbeitenden Bevölkerung immer weniger übrig. Da man Geld jedoch nicht essen kann, es niemanden pflegt und weder Dienstleistungen noch Güter produziert, benötigt man auch in Zukunft kreative Leute, die viel und hart arbeiten. *Folglich darf die Mehrheit der Mitte niemals über ausreichendes Vermögen verfügen. Sie könnte sonst -bei konstantem Wohlstand- ihre Arbeitszeit nennenswert reduzieren, den Aufwand für ihren Lebensunterhalt senken.* Ergo: *Man treibt regelmäßig die Preise, um die Leute im Hamsterrad zu halten, und inflationiert ihr Erspartes.* Zuwächse beim *Brutto*gehalt fördern dabei nur eine Wohlstands*illusion*. Denn selbst eine Inflation von „nur 2 %" stellt durch *chronische* (!) Wirkung sicher, dass es auch in Zukunft noch genug Arbeitsbienen gibt, die (auch) nicht (teilweise) von zuvor erarbeitetem Vermögen leben können. (Nicht nur) Familien der Mittelschicht,[131] meist mehrköpfige Haushalte mit einem *einzigen* Einkommen, die für das Alter vorsorgen (müssen), werden dadurch massiv geschädigt, während gleichzeitig große Immobilien- und Aktienportfolios an Wert gewinnen. Internationales Kapital braucht schließlich Anlageoptionen. Man kann Ludwig Erhard nur zustimmen: *„Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen."*

Stadt-Land-Gefälle

Gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland? Die Einwohner ländlicher Regionen[132] subventionieren Städte und Städter: Das ÖPNV-Netz dort ist dicht getaktet. Auf dem Land sucht man entsprechendes vergebens.[133] Die Verkehrsanbindung ist meist miserabel. 5G in Städten bevor auf dem Land Internet *überhaupt* überall verfügbar

ist? Zahlen denn die Landbewohner nicht dieselben Steuern und Abgaben? Was würde denn mit den bereits hohen Mieten geschehen, wenn die gerne mal als *Ökoschweine* diffamierten Pendler aus dem Umland alle in die Städte zögen?[134] Dafür wird Müll, der aus dichtbevölkerten Regionen stammt, mit Vorliebe fernab auf dem platten Land deponiert. Und auch die Windräder verschönern die Aussichten der *ländlichen* Bevölkerung und finden sich selten in den Fußgängerzonen der Innenstädte. Wer auf dem Land verunglückt, einen Apoplex oder einen Myokardinfarkt erleidet, hat *nicht dieselben Überlebenschancen* wie ein Städter. Die (Gesundheits-) Infrastruktur ist schlechter ausgebaut, die Wege zu Intensivmedizin und Notfallbehandlung sind weiter, die Ärztedichte ist geringer, die Wartezeiten sind länger und manche Therapieangebote sind auf dem Land erst gar nicht vorhanden.[135]

Familien-, Steuer- und Sozialpolitik

Hierzulande wird alles Mögliche subventioniert. Vieles davon dient nur der Befriedigung einer Parteideologie, ist wettbewerbsverzerrend oder ungerecht.[136] Viel zu wenig wird dagegen in die Zukunft investiert: Die Kinder dieses Landes.[137]

Die Entscheidung für oder gegen Kinder ist Ausdruck individueller Freiheit und selbstverständlich Privatangelegenheit. Niemand sollte gezwungen werden, eine Familie zu gründen. Unser aller Gemeinwesen ist für seinen Fortbestand jedoch auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen und sowohl Pflege- als auch Rentenversicherung sind *umlagefinanziert*! Jedes Kind bringt der Rentenkasse zudem einen Überschuss von 77.000 Euro. Der Staat profitiert *weit mehr* von Kindern als er insgesamt an Leistungen für sie ausgibt![138] Und Eltern bedienen gleich *zwei* Generationenverträge: Denn nur durch *ihre* Kinder ist das umlagefinanzierte System, von dem auch Kinderlose im selben Maße profitieren, *überhaupt erst existenzfähig!* Daran müssten sich auch Kinderlose *angemessen* beteiligen.[139]

Zwar bestreiten auch Kinderlose Ihre Beiträge zur *gesetzlichen Rentenversicherung* (GRV) aus *eigenen* Mitteln. Doch die später ausgereichte Rente basiert wesentlich (auch) darauf, dass *andere Leute Eltern geworden sind* und nicht nur Aufwand für Betreuung, Erziehung und Pflege von Nachwuchs in Kauf genommen haben, sondern auch *zusätzliche finanzielle* Belastungen. Man denke nur an die *Mehrwertsteuer* als eine (de facto) *Pro-Kopf*-Abgabe für Dinge des täglichen (Grund-) Bedarfs. Mit anderen Worten: *Gäbe es keine Eltern, kämen auch Kinderlose nicht in den Genuss einer umlagefinanzierten Rente.* Ihre Beiträge für vergleichbare Leistungen aus einem privaten System wären höher. Bei der Forderung nach adäquaten Beiträgen zur Sozialversicherung geht es also nicht um eine „Strafabgabe" für Kinderlose, sondern um *fairen gesellschaftlichen Lastenausgleich*.[140] Im übrigen steht es jedem frei, sich auf die Seite der (angeblich besser gestellten) Eltern zu schlagen. Für die Fälle, bei denen ein Kinderwunsch *biologisch* nicht realisierbar ist, könnten Adoptionen erleichtert werden.

Nicht weil Alleinerziehende *alleine leben* haben diese ein höheres Armutsrisiko, sondern weil sie die *zusätzliche finanzielle Belastung durch ihre Kinder* nicht bewältigen![141] Auch *Paare* mit Kindern haben ein signifikant geringeres Einkommen (und später folglich geringere Renten) als kinderlose Doppelverdiener, die beide in Vollzeit arbeiten können.[142] (Nicht nur) die gesamte politische Linke ist auf diesem Auge blind! Kommen Eltern in Not, haften ihre Kinder für sie. Bei Kinderlosen haftet der Steuerzahler. Gerecht?

Eine systematische Steuer- und Abgabenreform ist *längst* überfällig.[143] Deutschland ist Spitzenreiter bei Abgaben und (nach Dänemark) das Land in der OECD, das ein berufstätiges Paar mit zwei Kindern am höchsten belastet. Die unserem Steuersystem immanente *kalte Progression* ist leistungsfeindlich und ein Skandal. Zahlte ein Steuerpflichtiger 1957 ab dem 17-fachen des durchschnittlichen Einkommens eines Arbeitnehmers den Spitzensteuersatz, so gilt derselbe Steuerzahler heute bereits ab dem 1,5-fachen *Durchschnittseinkommen* als *Spitzen*verdiener.[144] Denn schon ab etwa 60.000 € greift für jeden weiteren Cent, den man erwirtschaftet, der Spitzensteuersatz. Als wäre das nicht widersinnig genug, führen regelmäßige Anhebungen der Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherung zu zusätzlicher Abgabenlast.

Die Einführung eines *Familiensplitting* nach französischem Vorbild wäre eine gute Idee. Doch die Politik ist kurzsichtig, lobbygeleitet und selten sachorientiert. Das konnte man 2005 an der unsäglichen Kampagne gegen das *Steuerkonzept von Paul Kirchhof* gut erkennen. *Bewusst* wurde über Inhalt und Auswirkungen seiner Reformvorschläge *gelogen*.[145] Interessanterweise kam diese Propaganda nicht nur vom politischen Gegner, sondern aus unterschiedlichsten Lagern. *Lüge und Irreführung* blieb die Hetze gegen Kirchhof und seine Reform dennoch.

Leistung lohnt sich? Heute darf als dumm gelten wer sich anstrengt und für den *Winter des Lebens* vorsorgt.[146] Verfassungswidrige PSPP-Anleihekäufe,[147] Niedrig-[148] und Negativzinsen,[149] Transferschuldenunion[150] und sehenden Auges angeheizte Inflation, werden jegliche (Alters-) Vorsorge[151] entwerten.[152] Und zukünftige Generationen werden enorme Schuldenberge abtragen.

6. Gesinnungspolitik, Konformitätsdruck und Cancel Culture

Der Konformitätsdruck einer zunehmend aggressiveren *Cancel Culture* zeigt Wirkung: Offene Debatten und kritische Diskurse werden seltener. Fälle von Ausladungen oder Niederbrüllen von Rednern, Störungen von Vorlesungen, Forderungen nach Entfernung unliebsamer Literatur (!) aus Seminarbibliotheken, nichtautorisierte Veränderungen von Kinder- und Jugendbüchern im Sinne einer identitäts- oder genderpolitischen Agenda, moralische Diskreditierungen („Alter weißer Mann“) anstelle stichhaltiger Argumente, etc., häufen sich.[153] Dies sind jedoch weder Zeichen von Fortschritt noch von Gleichberechtigung.

Der *öffentliche Diskursraum* erfährt eine gefährliche *Verengung*.[154] Ansichten und Argumente, die nicht der herrschenden Meinung und der erwünschten Gesinnung entsprechen, finden kein Forum mehr. Sie werden in Nischen abgedrängt. Auf reichweitenstarken („Leit-") Medien und (seriösen) digitalen Plattformen finden sie kein Gehör mehr. Dort gewinnt ein zunehmend unkritischer und ideologisch gefärbter Tendenzjournalismus an Terrain. So sind zwar nach wie vor *alle* Meinungen *frei*. Doch von einer offenen Debatte und einem kritischen Diskurs kann *de facto* keine Rede mehr sein.

Auch die Freiheit und die Qualität der Wissenschaft werden systematisch untergraben.[155] Aus Sorge vor drohendem Notenabzug, sozialer Ächtung oder moralischer Disqualifizierung wagen es viele Studenten (m/w) selbst im akademischen Umfeld nicht mehr, ihre Meinung (wirklich) offen zu äußern![156] Grundlegende Erkenntnisse und Innovationen entstanden aber noch nie durch Konformität, sondern durch kreative Köpfe und originelle *Individuen*, die auch außerhalb konventioneller Bahnen denken können.

Dem Land fehlen zehntausende (Natur-) Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte und andere qualifizierte Akademiker (m/w). Doch statt deren Gewinnung zu fördern geht der Dilettantismus sogenannter *gender studies* an den Hochschulen viral. Absurdeste (aber linientreue Hoax-) Manuskripte passieren Gutachterverfahren (peer review) von Fachzeitschriften! Auf die Peinlichkeit aufmerksam gemacht, mussten Redaktionen solche Beiträge dann zurückziehen.[157] Sieht so „wokeness" aus?

In eklatantem Widerspruch zur natürlichen Sprachentwicklung[158] soll Sprachwandel durch (sanktionierte!) „Genderleitfäden" erzwungen werden.[159] Allen Regeln der Grammatik und Rechtschreibung zum Trotz beteiligen sich an dieser unsäglichen Kampagne auch öffentliche und staatliche Stellen (gebührenfinanzierter Rundfunk, kommunale Verwaltungen, etc.).[160] Auch so manches Unternehmen oder Institut beugt sich dem Konformitätsdruck. Viele (Fach-) Zeitschriften veröffentlichen inzwischen nur noch, was explizit „durchgegendert" ist.[161] Auch bei bester Qualität der eingereichten Manuskripte. Ein skandalöser Vorgang, der sich (eigentlich) selbst disqualifiziert und mit dem Begriff „Sprachpolizei" treffend bezeichnet ist. Was früher *Zensur* hieß, nennt sich bei so manchem Verlagslektorat heute „sensitivity reading".[162]

Ein Fazit?

Das Leben ist nicht schwarz-weiß und der Autor kein Utopist. In der Politik sind Kompromisse bekanntlich unverzichtbar. Das Land ist bunt an Kulturen,[163] Sprachen und Hautfarben. Themen wie die Sterbehilfe, die embryonale Stammzellforschung oder die Organtransplantation werden zurecht kontrovers diskutiert. Mit guten Argumenten kann man unterschiedliche Auffassungen vertreten. Das sollte in einer offenen Gesellschaft auch so sein. Problematisch und folgenschwer jedoch ist, wenn man nicht mehr zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik,[164] Fähigkeit und

Hybris, Staatskunst und Möchtegernführung, Pragmatismus und Ideologie oder Qualität und Pfusch unterscheiden kann oder will. Wenn eine breite Öffentlichkeit ausschließlich noch mit *Politisch Korrektem* gefüttert wird, anstelle einer offenen Debattenkultur[165] ideologische Grabenkämpfe den Diskurs dominieren, eine dilettantische Führung meint, das *Denken* der Bürger zu ihrem Besten *lenken* zu müssen („Framing") und an sozialen *Symptomen* kuriert, deren zugrunde liegende Krankheiten sie zuvor selbst verursachte, – so ist dies brandgefährlich und fatal!

Doch für das Establishment und seine medialen Sekundanten scheint es seit geraumer Zeit schon nicht mehr wichtig, dass grundlegende Probleme sachgerecht behandelt und kompetent gelöst werden. Wichtig ist, dass der Bürger *dieses glaubt*, sich dabei *gut fühlt* und sein Kreuzchen bei der nächsten Wahl an der *richtigen Stelle* macht. Doch Glaubenssätze, Wunschdenken und Ideologie sind kein Ersatz für Können und Kompetenz, exzellente Wissenschaft, Kenntnisse der Natur (-gesetze),[166] oder eine auf Fakten, Vernunft und Empirie gegründete Politik.

Immerhin: Wir haben weder „Umerziehungslager" für Uiguren noch (bislang) eine (Digital-) Diktatur wie China.[167] Der Staat lässt Regimekritiker auch nicht einfach vergiften oder erschießen wie in Russland, und bei uns ist jeder krankenversichert oder wird über das Sozialsystem ärztlich versorgt und muss, auch als Mensch dunklerer Hautfarbe, nicht wie in den USA befürchten, von Polizisten *prophylaktisch* in den Rücken geschossen oder erwürgt zu werden. Dennoch könnte und *müsste* unser Land angesichts der Leistungen seiner Bürger und der Anstrengungen der Mittelschicht wesentlich besser dastehen. *Souveränität,*[168] *Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat: Wollen wir sie erhalten, müssen wir auf Kompetenz und Qualität und nicht auf Gesinnung und Mittelmaß setzen. Denn sonst überrollen uns irgendwann autoritäre Systeme!*

Doch, was ist davon zu halten, wenn

– man uns mit den Segnungen von Bargeldabschaffung und digitaler Überwachung[169] sogar in der TV-Vorabendwerbung verblödet, ... nachdem unsere *eigenen* Politiker, orchestriert von Hochfinanz, Großkonzernen und auf Drängen Frankreichs, der Bundesbank 1999/2002 die Kontrolle über unsere Währung entzogen hatten.[170] Wohlweislich *ohne* (!) das Volk zu fragen,[171] obwohl diese Entscheidung historische Tragweite noch für Generationen haben wird,

– der Mittelstand, Rückgrat der deutschen Wirtschaft, mit vielen sinnlosen Auflagen zu kämpfen hat, während internationale (Tech-) Konzerne zwar gerne unsere lukrativen Märkte und deren Infrastruktur nutzen, aber keine Lust haben, sich an deren Erhalt zu beteiligen, Steuern zu zahlen oder sich hier geltenden Regeln anzupassen[172] – und all dies von Politik und Gesellschaft achselzuckend hingenommen wird,

– eine immer breitere Schicht von sozialen Transferleistungen lebt, die vermögende Oberschicht[173] sich einen schlanken Fuß macht und die staatstragende Mittelschicht dazwischen ausgepresst wird wie eine Zitrone. Für den Normalbürger heißt es bei enger geschnalltem Gürtel: schneller, höher, weiter. Eine von vielen Folgen zeigt sich in den GKV-Statistiken.[174] Das Perfideste an der *herbeigeführten* Überlastung der Mittelschicht, die zumeist verantwortungsvollen und anstrengenden Berufen nachgeht, ist aber folgendes: Diese hat dann, zwischen Sorgen um Kinder, Gesundheit und Job, weder Kraft noch Zeit, sich zu organisieren oder politisch zu betätigen! Das Feld wird folglich radikalem Pöbel überlassen, über den *Gutbürger*in* sich dann heuchelnd beklagt.

Und die oft beklagte *Politikverdrossenheit*?

Zu EU-Wahlen lässt man Spitzenkandidaten antreten, um diese *nach* der Wahl aufgrund undurchsichtiger Hinterzimmerbeschlüsse einfach auszutauschen.[175] Auf solche Ideen muss man erst mal kommen. Sie zeigen, was der politische Betrieb und seine Spitze vom Wähler *wirklich* hält!

Die Pläne zur Streichung der Eigenheimzulage und Erhöhung der Mehrwertsteuer (beides schadete vor allem Familien) lagen 2005 bereits *vor der Wahl* in den Schubladen. Das wurde im Wahlkampf *bewusst* verschwiegen. Manch Wähler (m/w) machte danach sein Kreuzchen zum letzten Mal an der angestammten Stelle. Seither ist der wertkonservative aber weltoffen und liberal denkende[176] Teil des *Souveräns* ratlos, wem er sein Stimmchen geben sollte. *Vertreten* wird er durch *keine* Partei mehr!

Und was hält Koalitionen (*GroKos, Ampeln & Co.*) zusammen? Nichts. Außer dem dicksten Leim überhaupt, mit dem alle an den Sesseln ihrer Macht kleben: Einfluss, Posten und Ämter. Die größte Gefahr für die Zukunft geht jedoch von allerlei gesinnungsbewegten Vertretern (m/w) des *"Betreuten Denkens"* aus. Ihnen geht eine gut meinende, aber historisch, wirtschaftlich und politisch (ebenso) wenig beschlagene Jugend auf den Leim, die nicht merkt, dass es vor allem *Ihre*, der Jugend, Zukunft ist, die diese kenntnisfreien und realitätsfernen Volkserzieher*innen durch ideologische Verblendung, Inkompetenz und Dilettantismus gerade verspielen.

Ist diese Analyse den Linken nun zu neoliberal, den Neoliberalen zu sozial und dem publizistischen Mittemainstream zu kritisch, dann wird sie vermutlich nicht ganz falsch sein.

Ihr schafft das? – Na dann macht mal!
Beste Grüße, Eure Mittelschicht.

[1] Letzter Abruf der Quellen im Internet am 30. Juli 2022 (sofern nichts anderes angegeben).
[2] Bernau, P., *Bahnbrechende Ideen: Deutschland scheitert in kleinen Schritten*, faz.net, 31.5.2022
[3] Selbstverständlich gibt es auch *kompetente* Politiker (m/w)! Zwischen Parteiklüngel, Seilschaften, *political correctness* und desinteressierten oder -informierten Wählern haben jene jedoch einen schweren Stand. So manche/r gibt entnervt auf oder wechselt die *Branche*.
[4] Vorliegender Beitrag wurde *lange vor* dem Überfall Russlands auf die Ukraine konzipiert!
[5] In Rheinland-Pfalz wurden sogar Lehramts*kandidaten* (1.Sem., kein Schülerkontakt!) priorisiert.
[6] N.N., *Die kontroverse Debatte um die Impfreihenfolge*, deutschlandfunk.de, 5. 5. 2021
[7] Die Lüge war schon immer Mittel der Politik:"Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen"
[8] N.N., *Kölner Oberbürgermeisterin verteidigt vorgezogene Impfungen in Brennpunkten*, spiegel.de, 3. 5. 2021; Szent-Ivanyi, T., *Ärzte empört über Äußerungen von Vizekanzler Scholz zur Priorisierung*, rnd.de, 30. 4. 2021; Sämtliche Impfungen sind *auch für Ärmere* kostenlos!
[9] Staatshaftung greift nur bei Impfempfehlung durch RKI, STIKO oder (Landes-) Regierung.
[10] N.N., *Haftungsausschluss bei Impfung mit Astrazeneca bei unter 60-Jährigen angemahnt*, coronavirus.nrw, KVNO, 15. 4. 2021; Müller, C., *COVID-19-Impfempfehlung für Schwangere und Stillende*, deutsche-apotheker-zeitung.de, 4. 5. 2021
[11] N.N., *Abrechnungsbetrug bei Corona-Bürgertests – nur Spitze des Eisbergs?*, aerztezeitung.de, 30. 5. 2021; Groeneveld, J., *Sie kontrollieren nicht, bekommen aber Millionen: Wie die Kassenärztlichen Vereinigungen bei Corona-Schnelltests mitkassieren*, businessinsider.de, 4. 6. 2021; Bundesgerichtshof, Beschluss vom 5. Juli 2022, Az.: StB 7-9/22
[12] Weshalb wurden die *Coronahilfen* nicht durch die Finanzämter ausbezahlt? Dann wäre so etwas nicht passiert: N.N., *Corona-Hilfen an islamistische Extremisten?*, n-tv.de, 14. 3. 2021
[13] Schultze, A., *Fälschern von Impfpässen droht keine Strafe*, n-tv.de, 5. 11. 2021
[14] Auch die EU agierte beim Impfdebakel nicht kompetenter. Man exportierte europäische Impfstoffe in Länder, die *ihrerseits* trotz *eigener* Herstellung *nichts* ausführten (USA) oder wesentlich höhere Impfquoten aufwiesen (Israel); Blasius, H., *Strengeres Fallbeil für Ausfuhren von COVID-19-Impfstoffen*, deutsche-apotheker-zeitung.de, 26. 3. 2021
[15] Werding, M., Läpple, B.: *Wie variabel ist der demografische Alterungsprozess? – Effekte von Geburten und Zuwanderung,* bertelsmann-stiftung.de (Hrsg.), 2019 (doi: 10.11586/2019015)
[16] Metzger, O., *Junge Leute können kaum noch Vermögen aufbauen*, Interview mit dem Ökonomen Gunther Schnabl, tichyseinblick.de, 27. 12. 2020
[17] https://www.nbim.no (Norwegen); Auch der staatliche schwedische Aktienfond AP7, der mit etwa drei Dutzend Mitarbeitern und Kosten von 0,11 % ca. 58 Mrd € verwaltet, hätte als Vorbild dienen können. Wer dort jährlich 1200 € einzahlt hat nach 30 Jahren -allein schon der geringeren Kosten wegen- 16600 € mehr als der Riestersparer: https://www.ap7.se (Schweden)
[18] Immerhin bringen die Riesterversicherten auch jetzt schon 4 % aus *eigenem* Bruttoeinkommen auf: Für *miserable* Renditen, die *eines* eben genau *nicht* leisten: Altersvorsorge. Mit 4 % wäre selbst in einer rein umlagefinanzierten Rentenversicherung noch viel *Luft nach oben* gewesen!
[19] „Der Charme eines Riestervertrags liegt in seiner Förderung", sagt Hermann-Josef Tenhagen, der Chef von finanztip.de. Das ist entlarvend, bedeutet es doch: Riester taugt für Geringverdiener, aber nur, weil es ein System zur *Umverteilung* von *Steuergeldern* ist, und nicht, weil es eine renditeträchtige solide Finanzanlage wäre.
[20] Ca. 50 Mrd. € an staatlicher Förderung in Form direkter Zulagen oder als Steuerentlastung sind laut finanzwende-recherche.de seit 2002 in Riesteranlagen versickert.
[21] *Alle* Kunden schließen für die Zeit ab dem 85. Lebensjahr *automatisch* eine Rentenversicherung ab und werden spätestens zum Rentenstart Versicherungskunde. Auch dann, wenn sie eigentlich in einem Bank- oder Fondsparplan angespart haben und gar *keine Versicherung* wollen.
[22] https://taz.de/Absturz-der-Riester-Rente/!5763013
[23] Salzmann, B., *Die Wahrheit über Riester*, fr.de, 2./3. 1. 2010: Die Branche hatte zu Beginn mit dem Vertrieb der Verträge noch gezögert, weil ihr der Aufwand zu hoch, die Profite zu gering erschienen. Erst als klar war, dass sie *trotz der vom Steuerzahler* (!) erbrachten Zulagen kräftig an der Gebührenschraube drehen darf, wurde das Riestergeschäft massiv ausgeweitet.

24 Finanzwende_Riester-Projekt_Tabellen_2020-12-01.pdf, unter: https://www.finanzwende.de

25 Politischer Aktionismus hilft *nun* nicht mehr. In den 70-ern hätte man den *Klimatanker* noch bremsen können. Jetzt gleitet er mit dem auf hoher See gesetzten Impuls nach dem Gesetz der trägen Masse gegen die Mole, um den Hafen (wenn nicht gar die halbe Stadt) zu zertrümmern.

26 Jeder kleine Fahrzeughalter braucht eine Haft*pflicht*versicherung. Atomkraft aber war *nie* gegen *Havarie* versichert, weil niemand das *enorme Risiko* tragen wollte. Noch problematischer sind die erzeugten *hochradioaktiven* Isotope mit Halbwertszeiten zwischen *zehn- und hunderttausenden* Jahren. Die Umweltgefahr aus *diesem Abfall* wird der Planet nie mehr los.

27 Der Einstieg in die Kernenergie war wohl ein Fehler. Entschließt man sich aber zum Ausstieg, muss dieser geplant, konsequent und wirtschaftlich erfolgen. Schwierig, wenn es an Kompetenz fehlt: Hajek, S., *Der Sonnenuntergang der deutschen Photovoltaik*, wiwo.de, 15. 12. 2020

28 Klimatheater: Braunkohle trägt selbst 2020 noch immer 16 % zur Stromerzeugung bei!

29 Wetzel, D., *Phänomen Dunkelflaute. Der Kohle-Ausstieg hielt nur acht Tage*, welt.de, 4. 3. 2021

30 N.N., *Urteil zu belgischen Atomkraftwerken: Seit fünf Jahren illegal*, taz.de, 7. 3. 2020

31 Das AKW Fessenheim z. B. liegt *unterhalb des Rheinniveaus* in einem *aktiven* Erdbebengebiet!

32 Die Regelungen belasteten Bezieher mittlerer Einkommen (Mittelschicht!) besonders stark. Döschner, J., *Was die CO2-Steuer wirklich kostet*, tagesschau.de, 7. 5. 2021; Solange die extrem schädliche Braunkohle am Netz ist, *dürfte es überhaupt keine* zusätzliche CO2-Abgabe geben. Denn das bedeutet nur, dass die Allgemeinheit die Profite der Braunkohlelobby finanziert!

33 Die Staatsquote beträgt ab 1. 1. 2021 bei Heizöl ca. 40 %, beim Strom 50 %, bei Diesel 60 % und bei Benzin fast 70 %. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) schätzt *allein* den *Basiseffekt* der über das Brennstoffhandelsgesetz eingeführten Teuerung in Deutschland auf +0,4 %! Sieberg, U., *CO_2-Preis: Alles spricht für ein Kombi-Modell*, energiezukunft.eu, 8. 7. 2019

34 Selbstredend muss auch Deutschland seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten und tut dies auch. Jedoch gilt auch hier der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Verursacherprinzip: Ein US-Bürger verbraucht fast doppelt soviel Energie wie ein Europäer!

35 Siedenbiedel, C., *Deutschland beim Strompreis global auf dem ersten Platz*, faz.net, 8. 11. 2021

36 ... und bei Wind- und Sonnenflaute natürlich auch aus anderen europäischen AKW!

37 Nur ein Staat der Fehlsubventionen bringt es fertig, die *eigene* Solarindustrie zu zerstören und dafür die chinesische Konkurrenz mit Steuermilliarden zum Weltmarktführer zu machen. Bravo!

38 Über den EU-Haushalt subventioniert deutsches Steuergeld den französischen Atomstrom. Zudem werden die Betreiber dieser „Grünen Brückentechnologie“ in wenigen Jahren auch noch mit Mrd. € entschädigt! Der deutsche Strommarkt steht indes weitgehend speicherlos da: Das Netz muss von anderen Ländern stabilisiert werden. Polen (Kohleanteil 80 %!) steigerte seine Stromexporte 2021 um 400 %. Hauptabnehmer: Deutschland. Der größte Einzelposten deutscher Stromimporte stammt aber aus französischen Atomkraftwerken: Bergmann, K., *Heizölpreise werden mal wieder geboostert*, esyoil.com, 18. 1. 2022

39 Fürstlich dafür honoriert unterstützte Goldmann Sachs den griechischen Staatsbetrug, um in das Eurosystem aufgenommen zu werden: Döbler, M., Schröder, M., *Griechenlands Geschäft mit Goldman Sachs war lange bekannt*, zeit.de, 31. 3. 2013

40 Da der Euro nicht an die Wirtschaftskraft gekoppelt ist, ist er für Deutschland zu niedrig, für andere EU-Länder aber zu hoch bewertet; Scharpf, F. W., *Europa ist eine Wette*, mpg.de, 2. 6. 2017; Dohmen, C., *Die Union der Verschiedenen*, mpg.de, 19. 2. 2019

41 Winkler, H.A., *Zerbricht der Westen?*, Cicero 9/2017, S. 64-69

42 Kullas, M., et al., *Umverteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten – Gewinner und Verlierer der europäischen Transfers*, Centrum für Europäische Politik, Freiburg 2016

43 Braunberger, G., *Das italienische Dilemma*, faz.net, 23. 4. 2020; Stelter, D., *Wie Italien sich selbst helfen kann*, manager-magazin.de, 22. 4. 2020

44 https://monetative.de/faq-funktionsweise-des-heutigen-geldsystems

45 So z. B. in der Pandemie: 130 schwerkranke Franzosen wurden auf deutsche Intensivstationen verlegt und dort behandelt: Arnold, V., et al., *Corona: Fatal getroffenes Portugal feiert Bundeswehr-Soldaten als Helden – Die Deutschen sind die ersten*, merkur.de, 4. 2. 2021; Auch

finanziell schultert Deutschland durch Transferzahlungen für den EU-Coronafonds Gewaltiges. Pongratz, E., *Wofür Italien die Corona-Hilfen ausgibt*, tagesschau.de, 24. 6. 2021

46 http://www.bornpower.de/mafia/andreotti.htm; Rüb, M., *Von Mafia instandgehaltene Brücke in Italien beschlagnahmt*, faz.net, 5. 11. 2021; Durch die Mafia erstellte Bauten stürzen nun ein!

47 Metzger, O.; *Das Renteneintrittsalter und der südeuropäische Populismus,* tichyseinblick.de, 7. 1. 2021; Eine erneuete Erhöhung des Renteneintrittsalters auf (vorerst) 70 Jahre wird diskutiert.

48 N.N., *289 Milliarden Euro Kriegsschäden – Griechenland bekräftigt Reparationsansprüche*, welt.de, 5. 4. 2021; Kellerhoff, S. F., *Polen gründet Institut für Reparationsforderungen an Deutschland*, welt.de, 26. 11. 2021

49 Das Mantra „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ ist ebenso griffig wie verlogen.

50 Metzger, O., *Die EZB finanziert Europas Staatsdefizite*, tichyseinblick.de, 8. 4. 2021

51 Morgan Stanley rechnet, dass die Zentralbanken der zehn größten Staaten jeden Monat Papiere im Wert von 304 Milliarden US-Dollar ankaufen. Das wären rund 3,7 Billionen US-Dollar p.a.!

52 Mayer, T., *Die Verwässerung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union*, flossbachvonstorch-researchinstitute.com, 30. 3. 2021

53 Zur Verdeutlichung plakativ dargestellt. Hier ist nicht der Ort, Mechanismen der Geldschöpfung durch *private* Geschäftbanken *en detail* zu beschreiben. Im Grunde ein Skandal *sui generis*.

54 Dreist: Der Kontoinhaber trägt das Risiko totalen Forderungsausfalls und darf die dubiosen Institute, die munter *Eigenhandel* betreiben und ihr Risikogeschäft im Vergleich zu Firmen anderer Branchen mit viel (!) zu wenig Eigenkapital unterlegen, dafür auch noch bezahlen?

55 Diese Diktion ist selbstverständlich *bewußte* Irreführung der Kunden. Es wird *nichts* „verwahrt“.

56 Metzger, O., *Finanzielle Repression: Wie der Staat die Bürger systematisch enteignet*, tichyseinblick.de, 2. 12. 2021

57 Enste, D.H., *Folgen von Korruption für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft,* APuZ, 19-20, 2021; Was geschieht, wenn staatliche Organe nicht mehr funktionieren, kann man an Somalia, Venezuela oder Mexiko studieren. Diese korrupten Systeme sind Beute krimineller Organisationen, die Land und Leute terrorisieren und alles unterwandern. *Failed states*, die vielleicht nie wieder auf die Beine zu kommen. Obwohl z. B. Nigeria wirtschaftlich prosperiert und politisch stabil erscheint (die Terrormiliz Boko Haram *gilt* seit 2015 *als* besiegt) treibt die nigerianische Mafia (*Schwarze Axt*) dort unbehelligt ihr Unwesen. Aber auch in Europa: vgl.: BAMF, Länderreport Nr. 27 (Nigeria); Vetternwirtschaft und Korruption führen zu hoher Wirtschaftsmigration in die EU; vgl.: BT Drucksache 19/10465, 19. Wahlperiode, 24. 5. 2019

58 Beispiele: Einwanderung *qualifizierter* Bewerber aus *Drittstaaten* scheitert an der mangelnden Attraktivität Deutschlands - aber auch an fehlenden Kapazitäten zur Visaerteilung. Öffentliche Bauvorhaben sind zu umständlich (Planung) - zu oft fehlen aber auch Ingenieure im Straßenbau.

59 Man gewinnt den Eindruck, Wohlstand, Rechtsstaat und Freiheit der Republik fänden ihr Fundament in einer *sozialkonstruktivistischen Genderideologie*. Nicht ganz so eifrig wird *gegendert*, wenn *Nachteile von Männern* ausgeglichen werden sollten. Gendergerechtigkeit also eine Einbahnstraße? https://www.philomag.de/artikel/maenner-zuerst-impfen

60 https://www.belleslettres.eu; https://vds-ev.de; https://feministischeirrtuemer.de

61 Der Interventionsdruck entsteht hier überhaupt erst durch politischen Pfusch an anderer Stelle!

62 GABl Baden-Württemberg Nr. 7 (2021), S. 367: „*Amtliche Bekanntmachung [...] staatlichen Lotterien und Sportwetten: LOTTO 6 aus 49, Spiel 77, SUPER 6, KENO, plus 5, Fußballtoto-Ergebnistipp, FußballtotoAuswahlipp, Oddset-Kombi-Wette, Oddset Top-Wette, etc. pp. [...]*

63 Je 1 gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung wäre z. B. genug. Solange deren Vorstände aber so viel Salär beziehen wie der Kanzler der BRD, wird sich hieran so schnell nichts ändern.

64 Die *Fähigsten* sollten sich mit QS beschäftigen! Um die Compliance der Mitarbeiter nicht zu untergraben, gilt dabei stets der Grundsatz: *So viel QS wie nötig, so wenig wie möglich!*

65 Wer diesen *fundamentalen Kardinalfehler (!)* begeht, zeigt, dass er von Qualitätssicherung *keine Ahnung* hat und ihm im übrigen die *Qualität* in der *Sache* vollkommen *egal* ist!

66 Für die Exekutive gilt u. a. der sog. *Vorbehalt des Gesetzes.* Ein zentrales Rechtsstaatsprinzip.

67 Je höher in der Hierarchie, desto wichtiger die Karriere: Nicht zu lange auf derselben Stufe

ernsthaft mit Sachfragen beschäftigen. Eigenes Fortkommen schlägt jede Problemlösung.

68 Aufrecht, A. (Pseudonym?), *Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung in den vergangenen fünfunddreißig* Jahren: https://daav-bw.de/attachments/File/Besoldung_-_Entwicklung_in_35_Jahren_-_Gesamter_Ueberblick.pdf; (Eine Ausnahme bilden die im internationalen Vergleich (OECD) bestens besoldeten Halbtagskräfte an deutschen Schulen).

69 https://www.bbw.dbb.de/aktuelles/news/dauerbrenner-personalmangel-und-kein-ende-in-sicht

70 *brain drain:* 200000 meist gut ausgebildete Deutsche verlassen jedes Jahr das Land!

71 Das zeigt sich auch sprachlich: Der Dienst*herr gewährt seinen* Beamten Bei*hilfe.* Ganz so, als wäre das ein *Gnadenerweis*. Dabei ist es gerade *Vater* Staat, der sich als erster der Solidarität gesetzlicher Versicherungsysteme entzieht: Er ist nämlich nicht bereit, einen paritätischen Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung für Beamte zu entrichten. Diese haben *de facto* dann gar nicht die Wahl, an der GKV teilzunehmen. Der Staat spart auf Kosten seines Personals.

72 Schwachen Vorgesetzten, die *Führen* nie gelernt haben und mit Ausübung von Druck verwechseln, ist vornehmlich daran gelegen, den Alltagsbetrieb geräusch- und reibungslos abzuwickeln. Da stören Kritiker nur. Am meisten die, die mit ihrer Kritik ins Schwarze treffen!

73 Das gilt besonders im Falle *narzisstischer* Vorgesetzter, die sich ihrer ausgeprägten Persönlichkeitsstörung oft gar nicht bewusst sind. Lubit, R.: *The long-term organizational impact of destructively narcissistic managers*, Acad. of Management Perspectives. 16.1, 2002, S. 127-138; Schmidt-Lellek, C.J, *Charisma, Macht und Narzissmus. Zur Diagnostik einer ambivalenten Führungseigenschaft*, OSC 11 (1), 2004, S. 27-40; umgang-mit-narzissten.de

74 Ein krasses Beispiel unter vielen: https://de.wikipedia.org/wiki/Steuerfahnder-Aff%C3%A4re

75 Abwasser, Grundsteuern, Bußgelder, ... Galten sie bislang zeitlich unbegrenzt müssen nun z. B. rund 43 Millionen Führerscheine in *fälschungssichere* Exemplare umgetauscht werden. Dabei werden (bislang!) weder Fahreignung noch Gesundheitszustand überprüft. Dafür fallen aber (alle 15 Jahre erneut) erhebliche Kosten für biometrische Fotos und Gebühren an. Der Staat kassiert zum Start 25 € Gebühr und damit *en passant* weit über 1 Milliarde! Wieviele Führerscheine wurden denn bisher gefälscht? Fehlt es Deutschland am Willen oder am Können, solchen Blödsinn auf EU-Ebene zu unterbinden? Haben wir wirklich keine anderen Probleme?

76 Klar ist: Nicht immer liegt es (ausschließlich) am Mangel guten Personals und am Überfluss schlechter Führung. Aber dies sind zwei der *fundamentalsten Einflussgrößen überhaupt!*

77 (Allein) auf Autobahnen wurden 2019 laut ADAC rund 521.000 Stau*stunden* registriert. In deutschen Städten verursachten Staus *Kosten* in Höhe von 2,8 Milliarden Euro (inrix.com)!

78 https://einstuerzendeschulbauten.stiftungbildung.com/category/toiletten; Mit den Steuergeldern, die der Fiskus an die Grenzschweizer Einkaufstouristen durch die absurde Rückerstattung der Mehrwertsteuer verschenkt, könnten die Schultoiletten in ganz Baden-Württemberg problemlos saniert werden! Die Schweizer würden aufgrund der hohen Kaufkraft des Franken auch ohne diese Vergeudung öffentlicher Mittel auf der deutschen Seite der Grenze einkaufen.

79 Die Elbphilharmonie kostete 11, die Restaurierung der Gorch Fock 13,5 mal mehr als geplant. Jeder Häuslebauer, der so wirtschaftet, ist lebenslang verschuldet und verliert sein Haus bevor es steht! Methode?; Olk, J., *Warum Großprojekte häufig zu finanziellen Desastern werden*, handelsblatt.com, 10.2.2019; Heeg, T., *Und schon wieder eine Milliarde mehr*, faz.net, 4.2.2022

80 Wie kann man Verträge in Milliardenhöhe schließen, *bevor* die (EU-) Rechtslage klar ist? Jeder Angestellte oder Beamte wäre für viel weniger entlassen oder aus dem Dienst entfernt und zu Schadenersatz verpflichtet worden. Politiker aber haften offenbar selbst für gewaltigste Schäden nicht, die sie Gesellschaft und Bürgern durch Inkompetenz (oder Größenwahn?) verursachen. Und auch hier waren *externe Berater* am Werk: 14,3 Millionen Euro sind nach Regierungsangaben an die Kanzlei GreenbergTraurig und RA Neumann geflossen!

81 Die Umsetzung dilettantisch, war die *Idee einer Maut* ja richtig. Weshalb sollen deutsche Steuerzahler, die u. U. selbst gar kein Auto besitzen, Österreichern, Schweizern, Holländern, u. a., die *ihrerseits* Nutzunggebühren erheben, den Gebrauch deutscher Autobahnen finanzieren?

82 Wo war die Aufsicht? Der Staat, vertreten durch das Land Niedersachsen, sitzt im Aufsichtsrat und hat eine 20 %-ige Sperrminorität („VW-Gesetz“). Weshalb blieb die ungenutzt?

[83] Die gentechnologische Herstellung von Humaninsulin wurde einst bei Hoechst in Frankfurt entwickelt. Mangelnde (natur-) wissenschaftliche Bildung grüner Politideolog*innen und entsprechende Agitation bei der Bevölkerung drängte diese Zukunftstechnologie ins Ausland ab. Heute beziehen Millionen (!) Diabetiker in Deutschland diese lebenswichtigen Präparate aus globalen Betriebsstätten. Von überall her – nur eben nicht aus Deutschland!

[84] Christ, P., *Zahlenspiele*, BRAND EINS 4/2016, S. 98-99.

[85] Zwick, D., *Die Angst der deutschen Autoindustrie vor dem Detroit-Szenario*, welt.de, 16.4.2021

[86] N.N., *Panzerhaubitzen wegen Ersatzteilmangels außer Gefecht*, Der Spiegel 47/2022; N.N., *Bundeswehr wäre Drohnen hilflos ausgeliefert*, ntv.de, 13. 6. 2021; N.N., *Bundeswehr hat abermals schwere Probleme mit dem Puma*, faz.net, 18. 12. 2022

[87] 9 Monate braucht das Kultusministerium für die Einführung der Lernplattform *Moodle*. Als die Schüler dann endlich darauf zugreifen (wollen), ist man „überrascht", wie viele es davon in Baden-Württemberg doch gibt. Man hatte „vergessen", die Serverkapazitäten anzupassen.

[88] z. B. das Dublin-II-Abkommen. Wie kann es sein, dass auch 2021 noch immer jeder zweite Migrant *ohne Vorab*-Registrierung durch einen *anderen EU*-Mitgliedsstaat hier eintrifft? Metzger, O., *Mehr als die Hälfte kommt ohne Ausweispapiere*, tichyseinblick.de, 24. 2. 2021. Lesenswert auch das Interview eines Praktikers aus dem Polizeialltag: Wallasch, A., *Ex-Polizeichef Ulf Küch reagiert auf scharfe Kritik von TE-Lesern*, tichyseinblick.de, 22. 2. 2021. Das stümperhafte Agieren auf EU-Ebene hat Gründe: Während Frankreich und andere EU-Mitglieder ihre Topdiplomaten in den Institutionen der supranationalen Organisation positionieren, entsendet Deutschland oft abgehalfterte Hinterbänkler oder Parteisoldat*innen, die, dort bestens versorgt, nicht einmal mehr für einen der Frühstücksdirektorenposten in Betrieben, Anstalten oder Stiftungen der Öffentlichen Hand hierzulande in Frage kommen.

[89] Hug, M.J., *Deutschland: Wenn Medikamente fehlen*, (Interview), Telepolis, 13. 12. 2022. Die einstige „Apotheke der Welt" wurde durch dilettantische „Gesundheitsreformen" systematisch abgewirtschaftet. Forschung und Produktion wurden ins Ausland verlagert. – Staatskunst?

[90] Burow, P., *Justiz am Abgrund*, Stuttgart 2018; Künzler, E.: *Justiz in Deutschland – die Gewaltenteilungssäule wackelt*, in: Weik, M., Friedrich, M. (Hrsg.), Köln 2019; Knispel, R., *So behindert der Staat den Kampf gegen Verbrecher*, in: Diehl, J., Hipp, D., Der Spiegel 9/2021; Rebehn, S., *Strafjustiz am Limit*, (Kommentar, Deutscher Richterbund), drb.de, 26. 11. 2020

[91] Man kannte Risiken und Folgen der nun in Rheinland-Pfalz und NRW eingetretenen Szenarien ganz genau. Geschehen ist fast nichts. Der Bund hat jahrelang Übungen unter dem Titel *„Lükex"* veranstaltet. Dicke Forderungskataloge wurden erstellt, doch die Folge war: *Darf nicht passieren, kann man der Bevölkerung nicht erklären, kostet zu viel Geld*. Böldt, D., *Wenn es ganz dicke kommt*, taz.de, 11. 4. 2022; Natzel, L.T., *Der Staat kannte das Risiko einer Hochwasserkatastrophe*, wiwo.de, 17. 7. 2021

[92] Ulrich, A.: *Die ´Ndrangheta in Deutschland*, S. 15-17; in: *60 Jahre BKA: Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit*, BKA-Herbsttagung vom 6.-7. 12. 2011

[93] Ca. 100 Mrd € wäscht die Organisierte Kriminalität hierzulande p. a.!

[94] Organisierte Kriminalität, Bundeslagebild 2021, BKA Wiesbaden; www.bka.de/Lagebilder

[95] Heisig, K., *Das Ende der Geduld*, 2. Aufl. S. 88 ff., Freiburg 2010. Ein leider in Vergessenheit geratenes Buch, geschrieben von einer engagierten Jugendrichterin aus der Praxis.

[96] *Organisierte Kriminalität in einem Europa durchlässiger Grenzen,* BKA-Vortragsreihe Bd. 36, BKA (Hrsg.), Wiesbaden 1991; z. B.: Falcone, G., *Die italienische Mafia als „Vorbild" für das international organisierte Verbrechen,* S. 25 ff.

[97] Seither ist die Zahl wieder (auf ein längst nicht akzeptables Maß) gesunken. Das ist jedoch mitnichten einer besseren Sicherheitsarchitektur geschuldet, sondern flächendeckendem Homeoffice. Wenn in einem Ort mit gut 1300 Einwohnern 11 Einbrüche im Jahr stattfinden ist das Staatsversagen. Erklärt man den Opfern, dass sie für tausende Euro ihre Wohnungen oder Häuser einbruchsicherer machen könnten -und legt nahe, dass sie ja selbst schuld sind, wenn sie das nicht tun- dann ist das ein Skandal! Wozu zahlen sie Steuern?

[98] https://de.statista.com/themen/2938/kriminalitaet-in-deutschland-wohnungseinbruchdiebstaehle

[99] Kambouri, T., *Deutschland im Blaulicht: Notruf einer Polizistin*, Berlin 2015. Selbstbestimmung und Freiheit des Individuums, Humanität und Vernunft sind die DNA einer offenen Gesellschaft und eines säkularen Europas. Zu viele haben für diese Werte ihr Leben gelassen! Wer als Angehöriger eines anderen Kulturkreises glaubt, die Anweisungen einer Polizistin -da weiblich- ignorieren zu können, oder den Anblick eines Minirocks nicht aushält, ohne nach der Scharia zu grölen, ist hier definitiv fehl am Platz! Die Freiheit des Einzelnen ist nach John Stuart Mill die Voraussetzung für die Freiheit Aller. Pluralismus ist aber keine Multikultiveranstaltung. Eine gemeinsame nationale Basisidentität, zu der sich alle bekennen, ist unverzichtbar. Sie dient der Integration der Zuwanderer unterschiedlichster Herkunft und verhindert Parallelgesellschaften.

[100] Tanriverdi, H., *Wie ein Start-up mit „Cyberwaffen" scheiterte*, tagesschau.de, 2. 7. 2021; Biermann, K., Hegemann, L., *Die Tür steht offen und keiner kümmert sich*, zeit.de, 19. 3. 2021

[101] Bünte, C., *Die chinesische KI-Revolution*, Wiesbaden 2020

[102] Angriffen mit *Emotet* und Phishingwellen durch *QakBot* hatte die öffentliche Verwaltung zu Beginn des Jahres 2021 wenig entgegenzusetzen. Die Mitteilungen des CERT BWL sprachen Bände. vgl. auch: Landtag von Baden-Württemberg, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/483; Schmidt, J., *Emotet nach Gegenschlag: Was passiert mit den Opfern?*, heise.de, 28. 1. 2021

[103] N.N., *Ein Hackerangriff hat in Anhalt-Bitterfeld Teile der Verwaltung lahmgelegt. Sicherheitsbehörden vermuten einen Erpressungsversuch*, zeit.de, 10. 7. 2021

[104] *Angriffsziel deutsche Wirtschaft: mehr als 220 Milliarden Euro Schaden pro Jahr,* Pressemitteilung bitkom.org, Berlin, 5. 8. 2021; https://nw-ihk.de/2022/04/cyberangriffe-studie; N.N., *Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2021*, BSI (Hrsg.), Bonn, 21. 10. 2021

[105] Ähnlich bei Schäden im *Onlinebanking,* bei dem Aufwand und Haftung (z.T.) auf Kunden abgewälzt wird, um den Profit zu steigern und die Bargeldabschaffung zu fördern. Schlechte Presse dazu ist unerwünscht. *Kleinere* Schäden werden daher stillschweigend *in Kulanz* ersetzt (und letztlich von *allen Kunden* bezahlt). Summa summarum ist das für die *Institute* billiger.

[106] Birner, J.F., *19 europäische Länder haben schnelleres Internet als wir!*, techbook.de, 21. 2. 2020

[107] Während es in Deutschland auch 2021 noch Gegenden ohne jegliche Netzabdeckung gibt hatte China schon vor Jahren selbst auf dem Land überall 4G-Standard eingeführt.

[108] N.N., *CumCum – der übersehene Bruder von CumEx*, finanzwende-recherche.de, 21. 10. 2021

[109] In Deutschland beträgt der Steuerausfall wohl ca. 32 Mrd. Euro. Weltweit geht es nach Schätzungen des Steuerexperten Christoph Spengel um mehr als 140 Mrd. Euro.

[110] Votsmeier, V., Iwersen, S., *Staat kommt bei Aufarbeitung des historischen Steuerbetrugs nicht hinterher*, handelsblatt.com, 25. 5. 2020

[111] https://www.europeandatajournalism.eu/ger/Nachrichten/Daten-Nachrichten/Beamte-Irrefuehrende-europaeische-Vergleiche; Beschäftigtenquote (OECD), vgl.: https://de.statista.com

[112] Eberhardt, P., *Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes – Wie die Finanzlobby in Deutschland die Politik beeinflusst*, Finanzwende Recherche 12/2022; https://lobbypedia.de/wiki

[113] Bundestagsdrucksache 19/30900, 3. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode, 22. 6. 2021

[114] Ist man selbst schon nicht mehr kompetent genug? Fehlen Fachkundige? Arbeiten jene lieber (dort qualifikations- und leistungsgerechter entlohnt) außerhalb des Öffentlichen Dienstes?

[115] ...die in Haushaltsplänen jedoch -und das ist der Clou- *nicht* unter den *Personalkosten* rangieren!

[116] https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/2022/01/*Report_Lobbyismus-in-Justiz-und-Rechtswissenschaft*.pdf; https://lobbypedia.de/wiki/Hauptseite

[117] Maier, M., *Junge Bankerin zeigt, wie einfach Betrug zu durchschauen gewesen wäre*, berliner-zeitung.de, 26. 2. 2021; Keller, D., *Wirecard ist ein Skandal mit Ansage*, swp.de, 4. 1. 2021

[118] Protokoll 22/2, 21. 8. 2009, Finanzkrise, Untersuchungsausschuss, Bundestag 16. Wahlperiode; N.N., *Die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer bei CumEx*, finanzwende.de; 10. 12. 2020

[119] 2 Kinder, 1 Vollverdienst und ein (betreuungsbedingt) auf 2/3 reduzierter Brutto(zu)verdienst.

[120] https://www1.compareyourcountry.org/taxing-wages; Die Deckelung der GKV führt dazu, dass besonders hohe Einkommen eine besonders geringe Sozialabgaben*quote* aufweisen. Wer das 10-fache der *Beitragsbemessungsgrenze* verdient, dessen *effektiver* Beitrags*satz* beträgt im Verhältnis auch nur 1/10-tel derer, die mit ihrem Gehalt an dieser Grenze liegen. Außerdem

resultieren dadurch *insgesamt höhere* Beitragssätze für ALLE. Gerecht?

[121] Schwarz, Y., *Steuern in der Entwicklungszusammenarbeit*, Netzwerk Steuergerechtigkeit (Hrsg.), Berlin 2019 (S.16., Sekundärzitat; Originalquelle dort angegeben)

[122] Becker, M., *Loch im Schleier* (Amazon drückt seine globale Steuerlast gegen null), Der Spiegel Nr. 20, S. 71, 2021; https://taz.de/Steuervermeidung-von-Grosskonzernen/!5767297

[123] Leubecher, M., *Wie Starbucks den deutschen Staat austrickst*, welt.de, 21. 5. 2014; Popov, A., *EU-Gericht kippt Beschluss zu Starbucks-Steuernachzahlung*, internetworld.de, 24. 9. 2019

[124] https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/steuertransparenz-100.html

[125] Schlautmann, C., *Finanzämter wollen US-Konzerne zu Steuerzahlungen in der EU zwingen*, Handelsblatt, 26. 2. 2019; www.taxjustice.net

[126] Giegold, S., *Was würde mehr Steuergerechtigkeit bedeuten?* sven-giegold.de, 20. 11. 2020

[127] Ausgerechnet unter *Rot-Grün* wurden bekanntlich auch große Kapitalgesellschaften steuerlich massiv entlastet und Möglichkeiten geschaffen, aufgelaufene (Buch-) Gewinne *steuerfrei* zu vereinnahmen. Und auch bei der Abgeltungssteuer hätte man *durchaus* zwischen gewerblicher Finanzspekulation und privater Altersvorsorge unterscheiden können!

[128] Diätenerhöhungen *über 10 %* damals zeigten, dass man das selbst nicht glaubte. Abgeordnete sind aber *keineswegs* zu hoch dotiert. Problematisch ist eher die *Steuerfreiheit* ihrer *Pauschalen*.

[129] Der Verbraucherpreisindex reflektiert einen, mehr oder weniger nach Gutdünken komponier- und gewichtbaren, Warenkorb, die Inflationsrate das tatsächliche Geldmengenwachstum (monetäre Entwertung); Schnabl, G., *Die Inflationsmessung erzeugt die Illusion der stabilen Kaufkraft*, Wirtschaftsdienst, Heft 11, 2020; taurussachwerte.com, u.a.

[130] Das funktioniert nur, solange breite Schichten nicht wahrnehmen, welch gewaltiges *Experiment* die Notenbank hier exekutiert. Sobald die Menge zu ahnen beginnt, was daraus folgen könnte, ist das Vertrauen in das Finanzsystem und sein ungedecktes Geld verloren!

[131] Da die Freibeträge gleich blieben, werden durch die sog. *Reform der Grundsteuer* aufgrund der höheren Bewertung auch bei Weitergabe innerhalb der Familie (Erbfall, Schenkung) ab 2023 deutlich mehr Eigenheime (und in höherem Maße) besteuert werden. Nicht so bei gewerblichem Immobilienhandel. Dieser bleibt weiterhin privilegiert.

[132] ... im öffentlich-rechtlichen Tatort & Co. gerne als *grenzdebile Hinterwäldler* präsentiert ...

[133] Auch ein schuldenfinanziertes (!) 49 €-Ticket hilft nicht, wenn weder Bus noch Bahn fährt.

[134] ... sofern sich *Familien* die Stadtmieten überhaupt leisten können ...

[135] vgl. z. B.: Bleckmann, W., et al., (Wartezeiten für Psychotherapieplätze), rbb24.de, 25. 5. 2022

[136] Das nicht nachvollziehbare Chaos der reduzierten Mehrwertsteuersätze ist nur ein Beispiel.

[137] Beim Studium im *eigenen Bundesland* belegen *Kinder der Mittelschicht,* die die Infrastruktur finanziert, auf Wartelisten die letzten Ränge. Sie haben *keine Chance* auf einen Wohnheimplatz! Und das, obwohl sie später die höchsten Abgaben leisten und die geringsten Transfers beziehen – *den Karren also am Laufen halten*! Beznoska, M., *Die Altersverteilung von Steuern, Abgaben und staatlichen Leistungen. Methodik und Analyse*, IW-Report Nr. 7, Berlin 2022

[138] Werding, M.: *Familien in der gesetzlichen Rentenversicherung*, *Das Umlageverfahren auf dem Prüfstand*, bertelsmann-stiftung.de, 2014; Knauß, F., *Wie der Staat von Kinderreichen profitiert*, wiwo.de, 7. 9. 2017; Man könnte die Beitragsätze der GRV von der Anzahl zurechenbarer Kinder abhängig machen. Aber schon Adenauer hatte diesen Vorschlag mit dem ebenso berühmten wie dämlichen Spruch „Kinder kriegen die Leute sowieso" verworfen.

[139] ... und nicht nur mit einem (geringfügig höheren) *Alibi*-Beitragssatz (*Pflegeversicherung*). Pflegen Angehörige, wird ihre Leistung *wesentlich geringer* bewertet, als eine entsprechende gewerbliche Dienstleistung. Weshalb? Nur weil Gewerbliche höhere Kosten haben?

[140] Leyen, U. v. d., *Rabenmütter? Nein, Rabenstaat*, Cicero 6/2004, S. 106-108

[141] Nicht weil sie weiblich sind kamen Frauen bei Stellenbesetzungen oft nicht zum Zug, sondern weil manch Arbeitgeber *fürchtete*, die mit einer Frau besetzte Stelle wäre nach einem halben Jahr aufgrund einer Schwangerschaft schon wieder vakant. *Hier sind Nachteile auszugleichen!*

[142] Geursen, R., *Kinder in Deutschland*, PharmInd 71, Nr. 11, 1834-1836 (2009); Münnich, M., *Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder*, in: WISTA

6/2006, S. 644-670, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 2006; Speich, M., et al., *Gesellschaft ohne Zukunft?*, Herbert Quandt Stiftung (Hrsg.), Bad Homburg v. d. Höhe, 2004; Mohr, D., *Kinder kosten ein Vermögen*, faz.net, 26. 7. 2015

[143] Metzger, O., *Trotz Wachstumspause: Die Steuereinnahmen steigen weiter*, tichyseinblick.de, 31. 10. 2019; ders., *Leben in Absurdistan*, tichyseinblick.de, 8. 8. 2019

[144] Beise, M.: *Die Ausplünderung der Mittelschicht*, DVA, München 2009

[145] Kirchhof hatte ein transparentes und familienfreundliches Steuerkonzept mit 3 Steuersatzstufen präsentiert. Schröder machte diesen Vorschlag mit Absicht lächerlich indem er Kirchhof unterstellte, dass eine *Krankenschwester* dann in Zukunft „genau so viel Steuern zahlen müsse wie ihr Chefarzt." Abgesehen davon, dass 25 % von 40 T€ nicht dasselbe sind wie 25 % von 400 T€ wollte Kirchhof nicht nur die Steuersätze insgesamt absenken, sondern v. a. die Bemessungsgrundlage verbreitern, indem er Ausnahmetatbestände strich und damit den fiskalischen Subventionswildwuchs entfernte. Das wäre gerechter und auch für die berühmte *Krankenschwester* im Ergebnis deutlich *günstiger* geworden! Wieviel zahlt sie denn heute?

[146] Durch Zinslosigkeit und Inflation kompromittierte private Sparverträge („Kapitalbildende" Lebensversicherung, Riester, etc.) und sog. „Finanzprodukte" sind *keine solide* Altersvorsorge.

[147] BVerfG, Urteil des 2. Senats vom 5. 5. 2020 – 2 BvR 859/15, Rn.1-237; Die EU-Kommission wollte nach dem *ultra vires*-Urteil zum PSPP-Anleihekaufprogramm der EZB (eigentlich) das *Gericht* (!) abstrafen und strengte ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundes*regierung* (!) an. Unbeschadet der Gewaltenteilung hierzulande machte diese dann brav ihren Kotau bei der EU. Daraufhin wurde das Kommissionsverfahren eingestellt. Eine Schmierenkomödie.

[148] Der Niedrigzins frisst sich auch in private Pflege- und Krankenversicherungen. Deren Beiträge explodieren, weil ihre Anlagen keinen Zins mehr abwerfen. Das wurde bei Berechnung der zwischen 2010 und 2020 (angeblich) zu geringen Inflationsraten geflissentlich ausgeklammert!

[149] Kirchhof, P., *Geld im Sog der Negativzinsen*, München 2021

[150] Die EZB finanziert auch *Coronahilfen* mit der *Notenpresse*. Italien saniert damit aber (auch) seine vernachlässigte marode Infrastruktur. Das hat mit dem Virus freilich nichts zu tun!

[151] Zur fiskalisch kostspieligen (vollen) Abzugsfähigkeit notwendiger Aufwendungen für die Altersvorsorge entscheiden die Gerichte einfach erst gar nicht. *Honi soit qui mal y pense!*

[152] Stelter, D., *In der Abwärtsspirale*, Cicero 4/2016, S. 102-104; Nachdem das Inflationsziel der EZB von 2 % erreicht ist ändert man die Taktik: Nun will man längere Zeit auch deutlich höhere Raten akzeptieren, um zurückliegende Jahre (angeblich) zu geringer Inflation „nachholend auszugleichen". Ein Musterbeispiel *perfider Verlogenheit*! Altersvorsorger und Sparer sollen *weiterhin* kalt enteignet werden. Rechnet die Bundesbank für Ende 2021 im April schon mit 3 % sind es im November in Wahrheit 5,2 % und im Oktober 2022 dann exorbitante 10,7 %! Sollten die Steigerungs*raten je* wieder sinken, bleiben die erfolgten Erhöhungen jedoch eingepreist, die Kaufkraft *dauerhaft* geschädigt. Konnte die Politik das wissen? Selbstverständlich!

[153] Schweitzer, E.C., *Der Hass der politisch Korrekten*, cicero.de, 23. 12. 2019

[154] Diplomatisch, doch zurecht: Abdel-Samad, H., *Aus Liebe zu Deutschland*, München, 2020

[155] Schulze-Eisentraut, H., et al., *Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Wie die Cancel Culture den Fortschritt bedroht und was wir alle für eine freie Debattenkultur tun können*, München, 2022

[156] Kostner, S., *Disziplinieren statt Argumentieren – Zur Verhängung und Umsetzung intellektueller Lockdowns*, APuZ, 46/2021, S. 17-21; https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de

[157] Smith, M., RETRACTED: doi.org/10.1007/s12119-018-9536-0 (Springer-Verlag)

[158] Trutkowski, E., Weiß, H., *Zeugen gesucht – Zur Geschichte des generischen Maskulinums im Deutschen,* Manuskript unter: ling.auf.net/lingbuzz/006520; Stathi, K., *Sprache hat nicht die Funktion, Gerechtigkeit abzubilden*, (Interview), uni-muenster.de, 12. 9. 2022

[159] Eisenberg, P., *Weder geschlechtergerecht noch gendersensibel*, APuZ 5-7, 2022, S. 30-35; van Lijnden, C., *Gendern verweigert, Kündigung erhalten (...),* welt.de, 6. 9. 2022; *Einführung einer verpflichtenden Gendersprache im amtlichen Schriftverkehr der Stadt Mönchengladbach*, Offener Brief des Vereins Deutsche Sprache (VDS) an OB F. Heinrichs, Dortmund 2. 5. 2022

[160] Payr, F., *Gendersender*, FAZ 284, 6. 12. 2022, S.15

[161] Kubelik, T., *Das Missverständnis vom grammatikalischen Geschlecht*, Fazit Nr. 102, 25. 4. 2014

[162] Liehr, T., *Schreiben mit Kondom: Diversität, politische Korrektheit, Empfindlichkeitslesen und die Literatur*, literaturcafe.de, 14. 8. 2019

[163] Bemerkenswert, wenn die hier lebenden Türken in *noch größerer Zahl* Erdogan wählen als die in der Türkei selbst: Anzlinger, J., *So haben die Deutschtürken gewählt*, sueddeutsche.de, 25. 6. 2018. Die Einbürgerung kann man durchaus erleichtern. Bei *doppelten* Staatsangehörigkeiten ist jedoch *Vorsicht* geboten. *Loyalitätskonflikte* sind hier vorprogrammiert! Einwanderung (hoch-) qualifizierter Bewerber ist Desiderat und demographische Notwendigkeit zugleich. Leider machen die besten Fachkräfte um Deutschland einen großen Bogen. Und die hellsten Köpfe studieren in Yale oder Oxford – und nicht an der Fachhochschule JWD Berlin!

[164] Es bedarf keiner „Feministischen" (Außen-) Politik, sondern einer *Erstklassigen*! Ideologische Adjektivierungen hatten wir mit der sog. „Deutschen" Physik schon mal! Mit katastrophalen Folgen (nicht nur) für die Wissenschaft. vgl. auch: https://feministischeirrtuemer.de

[165] Ackerman, E. et al., *Letter on Justice and Open Debate*, harpers.org, 7. 7. 2020; Zydatiss, K., *Cancel Culture: Eine Begriffsbestimmung*, novo-argumente.com, 7. 11. 2022

[166] Homo- und Bisexualität sind z. B. (u. a.) genetisch determiniert, bei hunderten unterschiedlicher Tierarten nachgewiesen und im Verlauf der Evolution konserviert. „Widernatürlich" sind also nicht die sexuellen Orientierungen, sondern die durch *Religiöse Ideologie* erzeugten Phobien!

[167] Sander, M., *Mein neues digitales Leben in China*, nzz.ch, 22. 10. 2021; Benner, T., *Warum ich nicht mehr nach China reise*, tagesspiegel.de, 10. 5. 2021

[168] Europa wollte am Atomabkommen mit dem Iran festhalten. Die USA drohten jedoch mit Sanktionen gegen europäische Firmen. Daraufhin zogen sich auch alle deutschen Firmen aus dem Iran zurück. Souveränität sieht anders aus!

[169] Selbst Digitalaffine sind skeptisch: https://t3n; https://netzpolitik.org/2015/bargeldlose-zukunft; Sehr kompetent dazu: https://norberthaering.de; Besonders dreist, wenn sogar das Coronavirus für die Bargeldabschaffung herhalten muss. Obgleich nicht durch Kontakt mit Münzen oder Scheinen verbreitet, propagiert man genau dies, damit die Leute vom *gesetzlichen* Zahlungsmittel Abstand nehmen. Das Kalkül: Erst einmal daran gewöhnt, bleiben sie dabei: Heinrich, D., *Abstand halten beim Bezahlen: Bargeld auf dem Rückzug*, dw.com, 5. 1. 2021.

[170] Die Folge ist, dass Deutschland in der *de facto* geschaffenen Schulden- & Transferunion nun *politisch und finanziell erpressbar* ist: Polleit, T., *Die Wahrheit über die „Target-2-Salden". Verständlich erklärt*, misesde.org, 27. 8. 2018; vgl. auch: hanswernersinn.de

[171] Ein Referendum wäre *trotz €-Propaganda* höchstwahrscheinlich *FÜR die D-Mark* ausgegangen!

[172] Veranstaltungen wie das Weltwirtschaftsforum in Davos sorgen dafür, dass dies auch so bleibt.

[173] Panama-Paper & Co.: Das in Steueroasen verschobene Geld fehlt ebenso, wie die *nie bezahlten* Steuern globaler Konzerne. Aber ist ja nicht schlimm. Dann erhöhen wir einfach die Abgaben für die *lokalen Mittelschichten*. Die können nicht fliehen, haben die Banken *rausgehauen* und werden auch für Coronafolgen und Staatsschulden zahlen. *Das* bekommt selbst eine gelernte Hotelfachfrau oder ein abgehalfterter Pädagoge im politischen Wolkenkuckucksheim noch hin.

[174] https://de.statista.com/themen/1318/psychische-erkrankungen

[175] Rásonyi, P., *Die Nomination von Ursula von der Leyen zeigt, wo die Macht in der EU wirklich liegt*, (Kommentar), nzz.ch, 4. 7. 2019; Nach dem Vertrag von Lissabon schlägt der *Rat* dem *Europäischen Parlament* einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor. Doch dann hätte man *zuvor* beim Wahlvolk *nicht den Eindruck* erwecken dürfen, dass hier ein EU-Spitzenamt durch das Votum des Wählers besetzt werden würde!

[176] Das ist kein Widerspruch. Man kann für eine aufgeklärte Weltsicht und eine offene Gesellschaft plädieren und dennoch Sprache und Kultur der eigenen Nation wertschätzen. Für das *Eigene* einzutreten bedeutet ja nicht, *Andere(s)* abzuwerten. Entdeckungen oder Kunstwerke waren zudem meist kreative Leistungen *Einzelner*. Dazu bedarf es *freier* Gesellschaften, in denen sich *originelle* Individuen entfalten können. Einer *Gesinnungspolitik*, gleich welcher Art und Couleur, sollte man jedoch stets mit größter Vorsicht begegnen!